

YouLi

Das Mitgliedermagazin der Jungen Liberalen Hessen

LEBENSLANGES LERNEN



LIEBE JUNGE LIBERALE HESSEN

diese Ausgabe wollen wir einem Herzensthema der Liberalen widmen. Einem Thema, wofür wir uns nicht nur engagiert mit Argumenten und Leidenschaft einsetzen, sondern auch ein Thema, welches u.a. den Kern des Liberalismus ausmacht. Bildung ermöglicht Freiheit. Bildung verschafft Wohlstand und hilft Menschen sich aus Armut langfristig zu befreien. Und das nicht nur bei uns in Hessen oder in Deutschland, sondern weltweit. "Hochwertige Bildung" wurde 2015 von den Vereinten Nationen (UN) zum vierten von 17 Zielen der nachhaltigen Entwicklung (SDG's) der Agenda 2030 ernannt. Im Detail: Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern. Doch so leicht die Zielformulierung scheint, so schwierig gestaltet sich die Umsetzung. Mit einer gesetzlichen Einführung der Schulpflicht ist es leider nicht getan. Als Liberale müssen wir uns mit Verstand, Kreativität und Leidenschaft dafür einsetzen, nachhaltig hochwertige Bildung zu schaffen und zu sichern. Insbesondere die Schüler und Studenten unter uns haben erlebt, wie Bildung sich in Zeiten der Corona-Pandemie gewandelt hat. Doch was sind die Grundvoraussetzungen für Bildung? Die Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit formuliert es wie folgt: Im Vordergrund steht, dass jeder Mensch in jeder Lebensphase und immer wieder von Neuem jene Bildung erhält, die für die freie und vollumfängliche Entfaltung der eigenen Talente und Fähigkeiten notwendig ist." Der liberale Denker Dahrendorf bringt es auf den Punkt: "Bildung ist Bürgerrecht". Seit 2021 haben wir endlich wieder die Chance als Liberale, das Bundesministerium für Bil-

dung und Forschung zu leiten. Mit Bettina Stark-Watzinger, unserer hessischen FDP-Vorsitzenden aus dem Main-Taunus-Kreis, haben wir die Möglichkeit, liberale Vorhaben und Ideen der Jungen Liberalen in die Wirklichkeit umzusetzen.

In der vorliegenden Ausgabe findet ihr interessante Artikel von der schulischen Bildung über die universitäre Bildung, bis hin zum lebenslangen Lernen. Ihr könnt euch über spannende Beiträge von unseren Mitgliedern, sowie über Gastbeiträge von Moritz Promny und unserer Bundesministerin für Bildung und Forschung Bettina Stark-Watzinger höchstpersönlich freuen. Auch einige unserer regelmäßigen Formate sind wieder dabei und ihr könnt euch updaten, was es im BuVo Neues gibt. Dieses Mal gehen wir bei den lokalen Mandatsträgern nach Westhessen-Nassau und erfahren, vor welchen Herausforderungen wir Julis dort stehen und wofür wir uns einsetzen. Auch Lisa erzählt uns, was es Neues im Landtag gibt. Als Sprecherin für Hochschulpolitik hat sie bei diesem Thema einiges zu berichten! Auf einen Kaffee habe ich mich diesmal mit Stefan Naas getroffen und mit ihm über seine Zeit bei den Julis sowie über die anstehende Landtagswahl gesprochen. Das und noch vieles mehr findet ihr auf den folgenden Seiten! Also schaut rein!

Ich wünsche ganz viel Spaß beim Lesen der neuen Ausgabe. Ich freue mich über Anmerkungen und Feedback! Ganz viel Freude beim Lesen!

Eure Viola



REDAKTION

Viola Gebek ist 23 Jahre alt und hat in ihrem Master Sustainable Marketing & Leadership in Wiesbaden studiert. Ihr Schwerpunkt liegt bei Marketing und Kommunikation und sie ist Vorsitzende für Presse und Öffentlichkeitsarbeit bei den Jungen Liberalen Main-Taunus. In der Stadtverordnetenversammlung von Flörsheim setzt sie sich für liberale Ideen ein. Ihr erreicht sie unter [VIOLA.GEBEK@JULIS.DE](mailto:viola.gebek@julis.de)

WIE HAT DIR DIESE AUSGABE DES YOULI
GEFALLEN? SAG MIR GERNE DEINE MEINUNG!
HIER GEHT ES ZUR KURZEN FEEDBACKUMFRAGE:



VORWORT **3**

HOCHWERTIGE BILDUNG IM KONTEXT
DER NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG **4**

BILDUNG IST DIE BESTE SOZIALPOLITIK! **6**

EINE AGENDA FÜR MEHR
BILDUNGSGERECHTIGKEIT **8**

DREI GEDANKEN ZUR UND EINE
AUFFORDERUNG FÜR DIE BILDUNGSPOLITIK
DES 21. JAHRHUNDERTS **10**

SCHULEN WERDEN NICHT IN
BERLIN GEBAUT **12**

MEHR LEHRER! KLEINERE KLASSEN!
GLEICHERE SCHULEN! MEHR
PRAXISORIENTIERUNG! **14**

DIE HOCHSCHULEN VON MORGEN **16**

UNTERNEHMERISCHE BILDUNG **18**

DEBATTENARENA: STUDIENGEBÜHREN **20**

»NEUES AUS DEM LANDTAG« **22**

WHAT HAPPENED? SOMMERFEST,
STADION, NEUMITGLIEDERCAMP **26**

UNSERE LOKALHELDEN VOR ORT IN
WESTHESSEN-NASSAU **28**

NEWS AUS DEM BUVO **33**

AUF EINEN (DIGITALEN) KAFFEE
MIT STEFAN NAAS **34**

17 Ziele. Die Deadline bereits 2030.

HOCHWERTIGE BILDUNG IM KONTEXT DER NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG

Die sogenannten Sustainable Development Goals, welche im Rahmen der Agenda 2030 im Jahr 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedet wurden, beschreiben Ziele, die bis zum Jahr 2030 in Angriff genommen werden sollen. Die Ziele richten sich an alle beteiligten Akteure, somit nicht nur an Staaten, sondern auch an die Zivilgesellschaft, die Wirtschaft und jede Einzelperson. Jedes Ziel enthält eine Reihe von Unterzielen mit einer genaueren Beschreibung der Zielrichtung und Maßnahmen. Die Ziele können nur durch enge Zusammenarbeit gelöst werden und alle Länder, die sich zur Agenda 2030 bekennen (193 Länder) werden dazu aufgefordert, regelmäßig über ihre Fortschritte zu berichten. Allerdings ohne rechtliche Bindung. Dass es unrealistisch ist, innerhalb von 15 Jahren (Stand heute sogar nur noch 8 Jahre) Herausforderungen wie Hunger oder Armut auf der Welt zu lösen, war allen Beteiligten klar. Vielmehr geht es um eine langfristige Umgestaltung hin zu einer nachhaltigen Entwicklung. Und damit sind NICHT nur Klimaschutzmaßnahmen gemeint. Die Agenda 2030 und die 17 SDG's werden häufig fälschlicherweise ausschließlich mit Debatten um Klima und Umweltschutz assoziiert. Daher mag sich der ein oder andere wundern, worin der Zusammenhang zwischen nachhaltiger Entwicklung und Bildung besteht?

Bei nachhaltiger Entwicklung gilt es drei unterschiedliche Dimensionen zu betrachten: die ökonomische Nachhaltigkeit, die soziale Nachhaltigkeit und die ökologische Nachhaltigkeit. Eine nachhaltige Entwicklung kann nur erfolgen, wenn diese drei Dimensionen gleichzeitig und gleichberechtigt umgesetzt werden können. Und daher fallen auch Themen wie hochwertige Bildung (SDG 4) unter eine globale



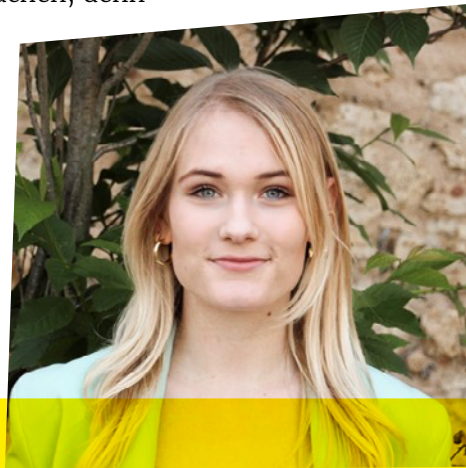
nachhaltige Entwicklung. SDG 4 im Detail: Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern. Doch wie ist der Stand der Dinge? Was wurde in den vergangenen sieben Jahren getan?

Auf der Seite des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wird man fündig. Steigerung der Abschlussquoten an Sekundarschulen weltweit um 7% (seit 2010). Das klingt nach einer positiven Entwicklung. Dennoch erreichen nur 4 von 10 Kindern die Mindestkompetenzen im Lesen und Rechnen und ganze 130 Millionen Mädchen gehen weltweit nicht zur Schule. Corona Pandemien und regionale Krisen verschärfen die Lage zusätzlich. Investiert werden sollte laut der UN vor allem in Schulinfrastruktur und eine sichere Lernumgebung. In vielen Ländern nicht selbstverständlich. Durch eine Ausweitung der Stipendien für Hochschulbildung und berufliche Bildung soll darüber hinaus das lebenslange Lernen gefördert werden. Wichtig bei der Umsetzung des SDGs 4 ist vor allem tief einzutauchen in das jeweilige Land und die Kultur, sowie die Menschen mit ihren Beweggründen kennenzulernen. Warum gehen die Kinder nicht zur Schule? Weil es keine Schule gibt? Der Schulbesuch kostenpflichtig ist? Kinderarbeit stark etabliert ist? Traditionellerweise und kulturbedingt die Mädchen nicht zur Schule gehen dürfen? Dies sind nur einige wenige Beweggründe, die es zu erfahren gilt, um hochwertige Bildung für alle Menschen zu gewährleisten.

Eine wichtige Bedeutung kommt auch der Verknüpfung der SDG's zu. Es reicht nicht aus Ziele einzeln oder getrennt voneinander zu betrachten. Uns ist bewusst, wie stark Armut und Hunger zusammenhängen. Doch vor allem die Bildung stellt ein besonders starkes Fundament für nachhaltige Entwicklung dar. Bildung bedingt Wissen, beispielsweise über Hygiene, sanitäre Einrichtungen und Gesundheitsverhalten (SDG 3 und SDG 6). Darüber hinaus kann durch Bildung der Abbau von Geschlechterunterschieden erfolgen (SDG 5). Deutlich weniger Mädchen besuchen in vielen Ländern weltweit die Schule als gleichaltrige Jungen. Dies hat Auswirkung auf das gesamte Leben, den Berufsweg und die Familiensituation. Diese Entwicklung ist aktuell beispielsweise in Afghanistan zu beobachten. Bildung bedingt ganz besonders stark die spätere Arbeitssituation und die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes (SDG 8). Durch hochwertige Bildung für alle Gruppen können außerdem Ungleichheiten verringert

werden (SDG 10). Hier schließt sich die Frage an: Wie kann Bildung für alle Gruppen zugänglich gemacht werden? Ermöglicht das Unterrichten in unterschiedlichen Sprachen möglicherweise die Partizipation von Minderheitsgruppen? Auch die SDG's 12 und 13, welche auf den ersten Blick wenig mit Bildung zu tun haben, hängen stark mit der Vermittlung von Wissen zusammen. Es gilt sich zu fragen, wie Menschen erreicht werden können, die weder in der Lage sind zu lesen noch zu schreiben. Wie kann ihnen gezeigt werden, wie sie Müll trennen sollen? Auch in Deutschland kommt immer häufiger die Diskussion um ein eigenes Schulfach zum Thema Klimaschutz auf. Inwiefern diese Maßnahme sinnvoll ist, soll an dieser Stelle nicht diskutiert werden. Klar ist jedoch: Klimawandel ist wissenschaftlich belegt und Bildung und Wissenschaft brauchen wir, um herauszufinden, wie wir unseren Planeten langfristig schützen und erhalten können. Zu guter Letzt beschreibt das 17. Ziel die Art und Weise, wie die SDG's erreicht werden können. Durch Partnerschaften und Zusammenarbeit. Dies bedingt in starkem Maße, wie hochwertige Bildung global gewährleistet werden kann.

Die beschriebenen Ziele stellen lediglich eine Auswahl derer dar, die besonders stark mit Bildung zusammenhängen und durch hochwertige Bildung verbessert werden können. Doch es wird bereits auf den ersten Blick klar: Bildung hat das Potenzial, nachhaltige Entwicklung voranzutreiben. Bildung hat das Potenzial, die Welt zu verbessern. Und genau da sollten wir weitermachen, denn es gibt noch viel zu tun!



Viola Gebek (23)

hat ihren Master in Sustainable Marketing und Leadership in Wiesbaden gemacht. Seit Anfang 2022 ist sie Chefredakteurin des YouLi. Ihr erreicht sie unter:

viola.gebek@julius.de.

BILDUNG

IST DIE BESTE SOZIALPOLITIK



Der Begriff Sozialpolitik löst viele Assoziationen aus. Bei einigen Liberalen sorgt er für ein hörbares Verdrehen der Augen. Viele Liberale sehen allerdings im Bereich Sozialpolitik auch Chancen, um das programmatische Profil des deutschen Liberalismus zu erweitern – gerade, weil die politische Linke liberale Sozialpolitik mindestens belächelt, wenn nicht sogar eher als soziale Kälte verteufelt. Durch seine jahrzehntelang aufgebaute Konnotation kommt die Skepsis vieler Liberale gegenüber dem Begriff Sozialpolitik nicht von ungefähr, aber er lässt sich aus dem aktuellen politischen Diskurs nicht wegdenken. Daher muss der politische Liberalismus Antworten darauf finden, wie wir liberale Sozialpolitik definieren.

Woher kommt die liberale Distanz zur Sozialpolitik?

Sozialpolitik wird oftmals mit einem komplexen System an Transferleistungen verknüpft. Die systemimmanenten Eigenschaften einer solchen Sozialpolitik, drückt für den Liberalen den Gipfel an ungerechter und ineffektiver Umverteilung aus. Diese Einschätzung ist durchaus valide, wenn man die sozialpolitischen Forderungen der politischen Linken, aber auch vieler konservative Kräfte betrachtet. Oftmals handelt es sich dabei um Wählergeschenke, sei es die Erhöhung der Renten oder ALG-II-Sätze. Diese Politik hat in der Tat wenig mit Leistungsgerechtigkeit zu tun, sondern wird meist mit „sozialer Gerechtigkeit“ begründet – ein notorisch vager Begriff, der sich sehr angenehm anhört, aber häufig einen latent marxistischen Unterton trägt, wie der österreichische Ökonom und Nobelpreisträger Friedrich-August von Hayek bereits 1944 feststellte. Die vermeintliche Gerechtigkeit dieser Umverteilungsmaßnahmen gründet sich in der angeblichen Idealvorstellung einer Ergebnisgleichheit. Doch der Liberale weiß, dass eine Ergebnisgleichheit stets erzwungen werden muss und niemals Ergebnis einer Chancengleichheit sein kann, weswegen sie immer einen direkten Eingriff in die Freiheit des Individuums darstellt.

Ein Staat der abhängig macht, ist nicht sozial

Vielmehr weiß der Liberale, dass die meisten Transferleistungen, die im Namen einer „sozialen Politik“ vollzogen werden,

nicht effektiv sind. Niemand steigt durch Sozialleistungen nachhaltig innerhalb der Gesellschaft auf. Ein Mensch, der in arme Verhältnisse geboren wurde und nie gelernt hat mit dem ihm zur Verfügung gestellten Geld umzugehen, wird das auch nicht dadurch lernen, dass man das Arbeitslosengeld erhöht. Das beste Beispiel sind Menschen, die aus der Armut heraus, zum Beispiel durch einen Gewinn in der Lotterie, plötzlich an ein sehr großes Vermögen kommen, die in den meisten Fällen mittelfristig dieses Vermögen wieder verlieren und gegebenenfalls noch ärmer sind als vorher. Diese Tatsache ist ihnen nicht vorzuwerfen, aber es ist keine Rechtfertigung, um unbeteiligte Dritte für solche Umverteilungsmaßnahmen aufkommen zu lassen. Sozialer Aufstieg erfolgt aus eigener Kraft und eigener Verantwortung. Deswegen muss liberale Sozialpolitik Menschen befähigen, sich im Rahmen ihrer eigenen Fähigkeiten zu entfalten und dadurch den sozialen Aufstieg zu verwirklichen.

Bildung ist die Voraussetzung für Unabhängigkeit

Die Befähigung des Menschen sich eigenverantwortlich um sich selbst kümmern zu können oder auch der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit – um Kants Zitat zur Aufklärung zu bemühen – erfolgt durch Bildung. Bildung ist die nachhaltigste Form der Sozialpolitik und das effektivste Instrument, um sozialen Aufstieg zu ermöglichen, insbesondere für die Menschen, die diese Befähigung zur Selbstverantwortlichkeit nicht durch ihr Elternhaus erfahren haben. Zudem ist sie auch deutlich kosteneffizienter. Grob überschlagen, gehen die meisten volkswirtschaftlichen Berechnungen zur Sozialpolitik davon aus, dass jede Transferleistung für eine Person circa das zehnfache kostet, wenn sie mit der Investition in die Bildung des gleichen Menschen verglichen wird. Diese Transferleistung hält den Menschen dann meist in einem staatlichen Abhängigkeitsverhältnis gefangen, aus dem kein sozialer Aufstieg aus eigener Kraft mehr möglich ist. Transfersysteme, die Menschen in eine Abhängigkeit vom Staat bewegen, sind daher alles andere als sozial. Es schafft höchstens ein System, in dem Menschen kontrollierbar und regierbar werden.

Bildung ist zu wichtig, um sie allein dem Staat zu überlassen

Das Ziel liberaler Bildungspolitik ist, einen Rahmen zu schaffen, damit jeder Schüler sein Potenzial entfalten kann. Hier sollten wir allerdings gewarnt sein, nicht dieselben Fehler des ausufernden Sozialstaates zu begehen. Schon Napoleon Bonaparte sagte: „Wer die Jugend hat, hat die

Zukunft.“ Jeder totalitäre Staat hat diesen Grundsatz verstanden und sich diesen Umstand zunutze gemacht, um Gesellschaften gleichzuschalten und zu kontrollieren, indem zuerst die Bildung gleichgeschaltet wurde. Staatliche Bildung, insbesondere wenn sie immer stärker zentralisiert wird, birgt die stetige Gefahr der übermäßigen staatlichen Kontrolle. Gerade wir Liberale sollten nicht in den Kanon der Angstmacherei einstimmen und in der Manier der „No child left behind“ Diktion den Eltern die ganze Verantwortung für ihre Kinder absprechen.

Vielmehr brauchen wir ein Bildungssystem, dass so vielfältig ist wie die Kinder hierzulande. Statt behördlichem Schulzwang sollten wir uns ein Beispiel an unseren europäischen Nachbarn nehmen und stattdessen eine Bildungspflicht einführen. Wir sollten mehr private Initiative, z.B. durch Charter Schools in Deutschland erlauben und mehr Wettbewerb um die besten Ideen für eine moderne Bildung auszuprobieren. Wenn wir weltbeste Bildung wollen, dann muss sich der Staat an einer auskömmlichen Finanzierung beteiligen; am besten durch ein System an Bildungsgutscheinen, wie es der amerikanische Ökonom Milton Friedman schon lange forderte. Aber die operative und inhaltliche Organisation der Schulen vor Ort, darf nicht länger zum Schlachtfeld von Koalitionsverhandlungen werden. Für eine wirklich freiheitliche Bildung braucht es vor allem eines: Vertrauen in das Individuum. Das ist wirklich liberale Sozialpolitik und sie ist um Längen hoffnungsvoller als das Narrativ des Opfertums von Linken und Grünen.



Alexander Kobuss (24)

ist Parlamentarischer Referent im Deutschen Bundestag und arbeitet im Bereich Bildung und Forschung. Er promoviert aktuell zur Geschichte der Sozialen Marktwirtschaft. Darüber hinaus ist er Leiter des Bundesarbeitskreises Wirtschaft und Finanzen. Ihr erreicht ihn unter: kobuss@julius.de



EINE AGENDA FÜR MEHR BILDUNGSGERECHTIGKEIT

Die OECD sieht Deutschland im internationalen Vergleich in der Schlussgruppe in Sachen Bildungsmobilität. Auch das ifo-Institut und andere Forscher sehen Deutschland maximal auf einem Mittelfeldplatz im Bereich der sozialen Mobilität. Das ist ungenügend und steht bei uns Freien Demokraten als Verteidiger der Sozialen Marktwirtschaft ganz oben auf der Agenda: Wir müssen für mehr Bildungsgerechtigkeit in diesem Land sorgen. Unser Gesellschaftssystem lebt von der sozialen Mobilität, von der individuellen Selbstverwirklichung und von Chancengerechtigkeit. Anders gesagt: Unsere Soziale Marktwirtschaft ist erst dann vollkommen, wenn jedes Kind, unabhängig vom Geburtsort, Geschlecht, Eltern, Weltanschauung oder

sonstigen Eigenschaften die gleichen Chancen hat zu studieren, eine Ausbildung zu absolvieren oder zu gründen.

Unser Ziel ist also klar. Aber wie kommen wir da hin?

Bildungsgerechtigkeit beginnt in Kita und Kindergarten. Hier lernen Kinder wertvolle Fähigkeiten, von denen sie ein Leben lang profitieren: Sozialkompetenz, Kreativität und Sprache. Kinder kommen mit verschiedenen Themen in Kontakt, vielleicht werden sogar erste individuelle Talente entdeckt. Zusammen erfahren Kinder, wie man Neues lernt. Und damit bekommen sie die Grundeigenschaften mit, die für den weiteren Bildungsweg essentiell sind. Die frühkindliche Bildung ist damit der Schlüssel,

um für alle Kinder dieselben Bildungsvoraussetzungen zu schaffen. Das im August vom Bundeskabinett beschlossene Kita-Qualitätsgesetz ist der Weg dahin: Für mehr Fachkräfte, bessere Betreuungsschlüssel und umfangreiche sprachliche Bildungsmaßnahmen.

In der Schule geht es weiter.

Aber nicht mit den Lehrmethoden des letzten Jahrhunderts. Die Schule soll Kinder und Jugendliche bilden und auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereiten. Das funktioniert nur, wenn wir mit modernster Technik und innovativen Unterrichtskonzepten arbeiten. Deswegen gibt es den DigitalPakt Schule für eine digitale Ausstattung. Der Bund stellt dafür Milliarden bereit. Aber Tablets allein reichen nicht: Die Schule von morgen braucht Räume, in denen Kinder ausprobieren und experimentieren können. Sie braucht Maker-Spaces und 3D-Drucker. Um Naturwissenschaften und Informatik erlebbar zu machen und mehr Jugendliche für diese Fächer zu begeistern. Ein paar Zeilen funktionierenden Programmiercode schreiben sind nichts im Vergleich dazu, wenn man sein eigenes Projekt am Ende mit einer VR-Brille live erfahren kann. Dieses Update in der Schulbildung kann der Bund allein nicht liefern. Hier sind die Länder gefragt, Innovationen zu ermöglichen. Für sozial benachteiligte Regionen erarbeiten wir zurzeit das Startchancen-Programm. Bis zu 4000 Schulen sollen finanziell besonders gefördert werden, um den Schülerinnen und Schülern gezielt zu helfen. Wie genau bleibt der Schule überlassen: Schulautonomie motiviert und gibt Freiräume. Und jede Schule hat andere Herausforderungen. Deswegen wird das Programm den Verantwortlichen mehr Freiheit und Gestaltungsspielraum einräumen.

Aber mit der Schule hört es nicht auf.

Wenn wir von Chancengerechtigkeit und Aufstieg durch Bildung sprechen, betrifft es auch die berufliche und akademische Bildung. Denn das Studium ist eine finanzielle Herausforderung. Allein die Mieten in Großstädten und Universitätsstädten sind ein hoher Ausgabeposten für viele Studierende. Dazu kommen die steigenden Lebenshaltungskosten. Deswegen wurde das BAföG reformiert. Höhere Freibeträge machen es künftig attraktiver, der digitale Antrag macht es moderner, die höhere Altersgrenze macht es flexibler. Im nächsten Schritt muss es elternunabhängiger werden. Das BAföG ist ein Sprungbrett für alle, für die die Hürde sonst zu hoch wäre. Springen muss natürlich jeder noch selbst, aber jeder und jede soll es schaffen können.

Damit alle eine freie Wahl beim eigenen Bildungsweg haben und ihn selbstständig gehen können. Denn mehr BAföG heißt mehr Freiheit.

Es muss jedoch nicht zwingend ein Studium sein: Gut ausgebildete Fachkräfte sind unser Kapital. An diesen mangelt es. Jedes Jahr fehlen in vielen Bereichen junge Menschen, die eine Ausbildung anfangen. Auch hier werden wir gegensteuern. Die berufliche Orientierung während der Schulzeit soll ausgebaut werden, Gymnasien stärker einbezogen werden. Außerdem sollen Chancen für berufliches Weiterkommen mit dem Aufstiegs-BAföG gezielt verbessert und mit der beruflichen Begabtenförderung besondere Talente stärker als bislang gefördert werden. Nach skandinavischem Vorbild brauchen wir eine höhere Durchlässigkeit und Verzahnung zwischen akademischer und beruflicher Bildung. Ein Baukastensystem, bei dem durch gezielte Kurswahl jeder seinen individuellen Bildungsmix zusammenstellen kann.

Insgesamt gibt es in allen Bereich viel zu tun.

Am wichtigsten ist jedoch ein Wandel im Mindset: Unsere Gesellschaft muss Bildung mehr wertschätzen. Und jeder von uns muss verinnerlichen, dass Lernen in einer sich ständig verändernden Welt ein Leben lang dazu gehört. Erst wenn wir die Modernisierung der verschiedenen Bildungsebenen schaffen, erreichen wir unser Ziel: Die weltbeste Bildung für mehr Chancengerechtigkeit und Aufstiegsmobilität in unserer Gesellschaft.



Bettina Stark-Watzinger

ist Bundesministerin für Bildung und Forschung und Bundestagsabgeordnete. Außerdem ist sie die Vorsitzende der FDP Hessen. Ihr erreicht sie unter: bettina.stark-watzinger@bundestag.de

DREI GEDANKEN ZUR UND EINE AUFFORDERUNG FÜR DIE BILDUNGSPOLITIK DES 21. JAHRHUNDERTS

Warum „Bildung für das 21. Jahrhundert“ mehr als Tablet-Klassen bedeutet und was das mit unserem Verständnis von Bildung zu tun hat.

Corona, Pisa, Lehrkräftemangel. Wer die Headlines der großen Nachrichtenportale im Kontext von Schule, Studium oder Ausbildung liest, bekommt das Gefühl, dass das deutsche Bildungssystem kurz vor dem Kollaps steht. Die Jungen Liberalen haben in der Vergangenheit immer wieder Vorschläge gemacht, wie wir unser Bildungssystem besser, gerechter und leistungsfähiger machen können. Lasst uns diesen Dialog fortsetzen. Hierzu will ich drei Gedanken vorstellen, wie wir Bildung und Bildungspolitik für das 21. Jahrhundert neu denken können.

1. Im 21. Jahrhundert hat sich das Verständnis von Wissen radikal gewandelt.

Stell Dir vor, Deine Großeltern würden heute eine Schule besuchen. Sie hätten kein Problem, sich sofort zurechtzufinden. Nicht nur die Art der Wissensvermittlung ist in den letzten 200 Jahren (fast) gleich geblieben. Auch das, was wir unter „Wissen“ und „Bildung“ verstehen, ist das Gleiche. In Bildungsplänen und Kerncurricula wird festgeschrieben, was später in standardisierten Abschlussprüfungen abgefragt wird. Schule, wie wir sie kennen, ist in ihrer Struktur nahezu perfekt auf eine Gesellschaft abgestimmt, in der berufliche Anforderungen konstant bleiben und mit einem im Vorhinein definierten Set an Wissen erfolgreich gemeistert werden kann. Anders als oft noch in der Generation unserer Großeltern werden unsere Berufswege kurvenreicher, unvorhersehbarer, aber auch spannender und abwechslungsreicher sein. Kreativität, Teamfähigkeit und das schnelle Zurechtfinden in neuen Situationen werden in der Welt des 21. Jahrhunderts zu Schlüsselfertigkeiten. Um junge Menschen darauf vorzubereiten, darf die Schule daher nicht bloß Vermittlerin von Daten und Informationen sein, in der für Noten und Bestenlisten „gelernt“ wird. Die Schule der heute schon begonnenen Zukunft muss die individuellen Stärken und Schwächen des einzelnen Lernenden in den Mittelpunkt stellen und ihn dabei befähigen, seine persönlichen Fähigkeiten zu entwickeln. Unser Ziel sollte daher nicht das Erfinden neuer Unterrichtsfächer sein, sondern die integrierte Vermittlung von Fertigkeiten zur Erschließung von neuem Wissen.

2. Digitalisierung ist kein Allheilmittel. Es ist eine Arbeitstechnik.

Manch ein Kultusminister bekommt nicht genug davon, in regelmäßigen Abständen über die Zahl der ausgelieferten Tablets zu schwadronieren und in Pressekonferenzen zu verkünden, dass in naher Zukunft hoffentlich eine Alternative zu etwa „Zoom“ und „Teams“ bereitsteht. Es hat lange genug gedauert, bis das Verständnis gereift ist, dass im Jahr 2022 digitale Inhalte zur Bildung dazugehören. Leider hört in den Kultusministerien der Länder das Nachdenken über die Digitalisierung der Bildung bei der Anschaffung von Hard- und Software in der Regel auf. Die Anschaffung von Tablets und die Lizenzierung von Lern-Apps ist jedoch kein Allheilmittel. Schlechter Unterricht, der digital stattfindet, bleibt schlechter Unterricht. Digitalisierung bedeutet hingegen eine veränderte Arbeitstechnik, wie Wissen und Kompetenzen vermittelt werden können.

Das klassische Schul- oder Lehrbuch vermittelt seine statischen Lerninhalte an seine Empfänger in immer gleicher Weise, ohne auf den individuellen Leistungsstand oder besondere Stärken einzugehen. Lernen erfolgt nach dem one-fits-all-Prinzip. Im 21. Jahrhundert ist es jedoch möglich, Bildung radikal zu individualisieren und zu personalisieren. In fast allen anderen Bereichen unserer Alltagserfahrung erleben wir, wie einheitliche Massenerfahrungen durch digitale Techniken wie KI und ML aufgebrochen und stark individualisiert aufbereitet werden. Die Google-Suche, die Instagram-Timeline oder die Spotify-Vorschläge sind nur augenfällige Beispiele. Digitalisierung der Bildung bedeutet in diesem Kontext, dass sich die Lernangebote an den jeweiligen Lernenden anpassen, die Stärken und Schwächen kennenlernen und sich auf die individuellen Kompetenzen einstellen. Während heute alle Schülerinnen und Schüler eines Jahrgangs das exakt gleiche Mathebuch nutzen, um die pq-Formel zu lernen, werden zukünftig personalisierte Erklärungen und Übungen präsentiert. Das passive Lehrbuch wird zum aktiven Lerncoach. Nicht die Furcht vor halbjährlicher Benotung treibt an, sondern das ständige Feedback und die Hilfestellung durch KI-Schulbuch (EdTech) und Lehrer verbessern kontinuierlich die individuelle Leistung.

3. Die kindliche Freude am (lebenslangen) Lernen.

„Das Genie ist nichts anderes als die willentlich wiedergefundene Kindheit.“ So zumindest drückte es Charles Baudelaire aus und er hat damit wohl einen treffenden Punkt. Kinder gehen mit einer unvoreingenommenen Lust an neue Dinge heran. Lernen ist für sie keine Last, sondern Lust. Sie stehen weder unter Leistungs- noch unter Zeitdruck. Ein natürlicher Instinkt lockt sie, um sich neuen Dingen zu öffnen und pausenlos Erfahrungen aufzunehmen. Die meisten von uns verlieren diese Freude am Lernen mit Beginn ihrer „professionellen“ Lernzeit in der Schule. Anstatt Wissbegierde zu befördern, freuen sich die meisten auf das Ende der staatlich strukturierten Lernzeit.

Die Bildungspolitik des 21. Jahrhunderts stellt den individuellen Lernenden in den Mittelpunkt. Sie fragt ständig danach, wie sie auf die persönlichen Fähigkeiten, Stärken und Schwächen des Individuums eingehen kann, um den Einzelnen zu befähigen, in einer komplexen Welt selbstbestimmt und frei leben zu können. Sie macht Lust auf Neues, beginnt vor der Grundschule und endet nicht mit der



SCHAUT AUCH GERNE AUF INSTAGRAM VORBEI: @MORITZ.PROMNY



Moritz Promny

ist seit Januar 2019 Abgeordneter des Hessischen Landtages und Generalsekretär der FDP Hessen. Er ist bildungspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion. Ihr erreicht ihn unter: m.promny@ltg.hessen.de

"Beste Bildung ist die Voraussetzung für individuelles Vorankommen und Selbstbestimmung."

Dieser Satz ist nicht nur die Einleitung des FDP-Wahlprogramms, sondern Grundüberzeugung für die wir JuLis einstehen. Während die weit überwiegende Mehrheit der Politikfelder von Berlin aus bestimmt werden, sind es die kommunalen Parlamente, die über das Bauen und Sanieren von Schulen sowie die IT-Ausstattung entscheiden. Der Handlungsspielraum verkleinert sich jedoch angesichts der Vielzahl an gegenwärtigen Krisen. Die Schulgebäude in fast jeder hessischen Stadt sehen gleich aus und sind regelmäßig seit Jahrzehnten nicht mehr saniert worden. Wenn Eltern mit ihren Kindern zur Einschulung gehen, hört man häufig den Satz: „Das sieht ja noch genauso aus wie bei mir damals“ oder „Das hat sich ja gar nicht verändert.“ Während die nostalgischen Gefühle für einige zunächst einen gewissen Charme haben, macht sich kurz darauf ein unguter Gedanke breit. Denn ebenso wie die Flure und Klassenräume, haben oftmals auch die Toiletten den Charme der 60er-Jahre.

Mich persönlich ärgert das. Kaum ein Unternehmen würde heute noch Büros aus den 60er-Jahren seinen Mitarbeitern zur Verfügung stellen und auch unsere Autos haben kaum noch etwas mit dem VW-Käfer von damals zu tun. Genauso wie Arbeit und Verkehr sich weiterentwickelt haben, haben es auch die Anforderungen an moderne Bildungseinrichtungen.

Der Zustand des Schulgebäudes darf nicht vom Wohnort abhängig sein.

Als ich im vergangenen Jahr als frischgebackene Stadtverordnete in Offenbach den Vorsitz des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport übernommen habe, war mir bewusst, dass unser städtischer Haushalt nicht nur knapp, sondern sogar leer ist. Offenbach verfügt weder über die Gewerbesteuererinnahmen von Frankfurt noch die sozio-ökonomische Zusammensetzung von Kronberg. Sie ist eine

wachsende und weltoffene Stadt mit teils rauem Charme, die sich immer mehr zum Hotspot für junge und kreative Menschen entwickelt. Das alleine füllt jedoch nicht die Stadtkassen.

Für die Bildungspolitikergibt sich hieraus eine Problematik: Die Bereitstellung der gesamten Schulinfrastruktur, dazu gehören insbesondere die Schulgebäude, aber auch die Ausstattung mit WLAN, Tablets und Hausmeistern ist in Hessen Aufgabe der Schulträger. Schulträger sind die Landkreise bzw. die kreisfreien Städte. In meinem Fall also die Stadt Offenbach. Das Land Hessen hingegen ist für die Lehrer, Lerninhalte und Lernmittel zuständig. Als Kommunalpolitiker entscheiden wir also, welche Schule saniert wird, wie sie ausgestattet ist und an welcher Stelle wir neue Schulen mit welcher Schulform errichten. Das Budget hierfür ist allerdings ganz maßgeblich vom kommunalen Haushalt abhängig. Eine ordentliche Schule ist jedoch meiner Meinung nach kein „nice-to-have“. Der Zustand des Ortes, in dem junge Menschen über die Hälfte ihres Tages verbringen und den Grundstein für ihre Zukunft legen, darf nicht vom zufälligen Wohnort ihrer Eltern bestimmt werden.

Fahrradwege, sozialer Wohnbau oder doch Schulbau - die Konfliktlinien kommunalpolitischer Entscheidungen.

In verschiedenen Konstellationen haben wir Freie Demokraten seit einiger Zeit Verantwortung in Offenbach übernommen. Dabei haben wir für uns immer Bildungspolitik priorisiert. Wer hätte etwa

gedacht, dass wir in Offenbach mit unserem FDP-Schulbaudezernenten die erste hessische Stadt sind, die alle ihre Schulen an das Glasfasernetz angeschlossen hat. Wir haben rund 4.000 Tablets angeschafft, um allen Kindern, egal welchen familiären Background sie haben, auch in der Pandemie den Zugang zu Bildung zu gewährleisten. Weil die Endgeräte nicht nur angeschafft werden müssen, sondern auch funktionieren sollen, stellen wir umfangreichen IT-Support auf. Unsere „digitalen Hausmeister“ sind Vorbild für andere Kommunen geworden. Wie man an den Beispielen sieht, ist auch mit geringem Budget vieles möglich, solange sparsam und effizient mit öffentlichen Geldern umgegangen wird.

Die Sanierung, der Bau und die Ausstattung der Schulen stehen dabei im Mittelpunkt kommunalpolitischer Verteilungskämpfe. Andere politische Mitbewerber wollen mit den Geldern lieber Fahrradwege und den ÖPNV ausbauen oder den sozialen Wohnungsbau fördern. Die Bildungsausstattung steht damit in Konkurrenz zu anderen politischen Vorstellungen.

Knappe Kassen dürfen nicht zu noch knapperen kommunalen Bildungsbudgets führen.

Die Folgen der Pandemie, der Inflationskrise und des Ukrainekriegs werden tiefe Löcher in die bereits jetzt leeren Kassen der Kommunen reißen und den beschränkten Handlungsspielraum noch weiter reduzieren. Viele Haushalte wurden in diesem Jahr nicht oder nur unter Vorbehalt genehmigt, weil kaum einer weiß, wie sehr die Steuereinnahmen einbrechen werden.

Angesichts dieser Lage wäre es fahrlässig, wenn die finanzielle Unterstützung des Bundes oder Landes für die Sanierung und Digitalisierung der Schulen zusammengestrichen würde. Anstatt etwa den DigitalPakt Schule zu beenden, wie kürzlich vom Bundesrechnungshof gefordert, sollte er ausgebaut und verstetigt werden. Hardwareanschaffungen und IT-Support sind ebenso wie die dauerhafte Instandhaltung der Schulgebäude keine einmalige Angelegenheit, sondern benötigen ein dauerhaftes Engagement, um eine moderne

Bildungsausstattung gewährleisten zu können. Schließlich soll die Schul-IT nicht das gleiche Schicksal erleiden wie die maroden Schulgebäude und in zehn Jahren zu Elektroschrott werden. Angesichts neuer Krisen, knapper Kassen und zunehmender Verteilungskämpfe sollten wir JuLis alles daran setzen, dass der finanzielle Beitrag von Bund und Land ausgebaut, bürokratisch vereinfacht und verstetigt wird. Trotz und gerade wegen der großen finanzpolitischen Herausforderungen sollten wir Jungen Liberalen und die Freien Demokraten uns für eine dauerhafte Verbesserung der Finanzierung der kommunalen Bildungsbudgets einsetzen. Denn nur vor Ort werden Schulen gebaut.



Anja Kofahl

ist stellvertretende Fraktionsvorsitzende für die FDP in Offenbach und Vorsitzende des Ausschusses für Kultur, Schule, Sport und Städtepartnerschaften. Sie ist zudem die Ombudsperson der Jungen Liberalen Hessen. Ihr könnt sie erreichen unter: kofahl@julis

**SCHULEN WERDEN NICHT
IN BERLIN GEBAUT.**

MEHR LEHRER!

KLEINERE KLASSEN!

GLEICHERE SCHULEN!

MEHR PRAXISORIENTIERUNG!

Das sind die Schlagwörter der aktuellen bildungspolitischen Debatte. Auch bei uns JuLis und der FDP hört man das nicht selten. Wie kann man auch dagegen sein? Es gibt immer mehr Entfall, also braucht es mehr Lehrer. Es gibt zu wenig individuelle Förderung, also braucht es kleinere Klassen. Es gibt eine hohe Abhängigkeit des Bildungserfolgs vom Elternhaus, also braucht es weniger diskriminierende Trennung. „Goethe“ brauche ich in wenigen Berufen, also sollte derart „Abgehobenes“ nicht flächendeckend unterrichtet werden, besser früher entscheiden, in welche Richtung man gehen will. Oder?

In Wolkenkuckucksheim mögen das sicherlich gute Ideen sein, aber leider gelten auch im Bildungssektor die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten. Mehr Abiturienten bedeutet auch eine Entwertung des Abiturs, mehr Lehrer anzustellen, bedeutet niedrigere Unterrichtsstandards. Genau diese Bildungsinflation sehen wir jetzt schon.

Die gymnasialen Zweige an den Integrierten Gesamtschulen haben einen noch niedrigeren Standard als die eigenständigen Gymnasien. Das wirkt sich nicht nur auf die gymnasialen Schüler, sondern auch auf die Real- und gerade auf die Hauptschüler negativ aus. Die Hauptschüler werden angemessenen Förderung beraubt. Wer so unterschiedliche Schüler in eine Klasse zwingt, bremst die besseren Schüler und überfordert die Schwächeren. Erinnern wir uns als Junge Liberale an einen unserer Grundsätze: „Wir wollen keine falsche Gleichheit, sondern Chancengerechtigkeit!“

Diesen Grundsatz müssen wir hier ernst nehmen und der Diversität der Schüler gerecht werden. Doch wie schaffen wir

es, mit weniger Lehrern individueller auf Schüler einzugehen? Durch die von vielen verschrien differenzierten Schulformen. Nur wenigstens annäherungsweise homogene Gruppen ermöglichen es Lehrern, auch in größeren Klassen gut auf die Bedürfnisse der Schüler einzugehen. Die bisherigen Schulformen reichen dafür offensichtlich nicht mehr aus. Also brauchen wir nicht weniger, sondern sogar mehr Differenzierung.

Ich schlage also vor, eine zusätzliche neue Schulform einzuführen, die die ursprüngliche Aufgabe des Gymnasiums übernimmt. Eine Schulform, die eine breite Allgemeinbildung vermittelt und an der die allgemeine Hochschulreife erworben werden kann. Zugelassen zu diesen neuen Schulen werden nur Schüler, die einen entsprechend ausgearbeiteten Test bestehen. Dieser Test soll gewisse Mindestkompetenzen überprüfen und sicherstellen, dass nicht mehr als ein gewisser Anteil der Schüler diese Schulform besucht. Die heutigen Gymnasien sollten stattdessen stärker die Rolle der Fachoberschulen übernehmen. Aber warum? Warum eine neue Schule schaffen und nicht einfach die Fachoberschulen stärken? Weil die Wahrnehmung der „Marke“ entscheidend ist. Wir werden nicht so einfach dafür sorgen, dass weniger Schüler Gymnasien und mehr die Fachoberschulen besuchen. Einfacher ist es, den Weg der Neueinführung zu gehen, um damit Widerstände in der Elternschaft zu umgehen.

Aber wieso brauchen wir überhaupt eine allgemeinbildende Schule? Zur Beantwortung dieser wesentlichen Frage müssen wir uns erst darauf verständigen, welchen Wert Allgemeinbildung hat. Für mich persönlich bedeutet Allgemeinbildung, dass ich neben den (natürlich rein objektiv)

interessanten Fächern Mathematik, Physik sowie Politik und Wirtschaft auch noch die musischen Fächer belegen muss. Und ja, obwohl ich jede Woche wieder mit mir kämpfen muss, ob es mir mein Freitagnachmittag wirklich wert ist, mich damit zu beschäftigen, wie Freundschaft riecht oder wie man über heißen Sand läuft, bin ich doch froh, dass ich die „Dreigroschenoper“ oder „Mutter Courage“ kennenlernen musste und konnte. Alleine wäre ich nicht auf die Idee gekommen, mich damit auseinanderzusetzen. Genau darum geht es ja aber bei Allgemeinbildung: Auch Dinge zu entdecken, die außerhalb des eigenen Horizonts liegen, genau die Dinge zu tun, die eben noch nicht von eigenem Interesse sind. Wenn ich mich so freue, eine breitgefächerte Bildung genießen zu dürfen – warum sollte man das dann nicht für alle wollen? Ganz einfach: Weil ich weiß, dass nicht zu jedem passt, was zu mir passt. Manche Leute wollen die Option haben, sich auf die Fächer zu konzentrieren, die ihnen liegen oder die sie spannend finden. Wer bin ich, diese Leute zwingen zu wollen, sich damit auseinanderzusetzen? Genauso möchte ich aber für Schüler wie mich die Möglichkeit haben, eine grundlegende Allgemeinbildung zu bekommen.

Warum soll diese allgemeinbildende Schule mit einer Zugangsbeschränkung belegt sein? Warum sollte man diese Möglichkeit nicht jedem einräumen?

Das haben wir versucht und wir haben gesehen, was passiert. Es kommt zu Bildungsinflation. Eltern wollen ihren Kindern die scheinbar „beste“ Bildung ermöglichen. Das wird immer

wieder dazu führen, dass zu uneinheitliche Lerngruppen entstehen. Das ist ja genau das Problem, das wir zu Beginn lösen wollten. Langfristig wird sich dieser Konflikt natürlich mit dem Schul-Voucher-System lösen, aber auch solange wir ein staatliches Schulsystem haben, müssen wir auf die Diversität der Schüler eingehen.



Yves Roth (17)

ist Schüler in der gymnasialen Oberstufe und Beisitzer im LaVo. Im kommenden Jahr wird er als Landtagskandidat in Frankfurt antreten. Ihr könnt ihn erreichen unter yves.roth@julis.de



DIE HOCHSCHULEN VON MORGEN

Marode Gebäude, Jahrzehnte alte Hörsäle, kaum digitale Infrastruktur, Geldmangel und überbordende Bürokratie – viele Studenten unter euch werden bei dieser Aufzählung zwangsläufig an ihre eigene Universität oder Hochschule gedacht haben, nicht wahr?

Und genau hier kommt die LHG ins Spiel: Als Hochschulgruppe sind wir natürlich nicht nur vor Ort, die Hochschulpolitik bietet uns Einblicke in die Entscheidungsprozesse und ermöglicht uns den universitären Alltag zu beeinflussen, zusätzlich sind wir die Schnittstelle zwischen Studenten und politischen Entscheidungsträgern. Aber wie stellt sich die LHG eigentlich die Hochschulen von morgen vor?

Dein Studium ist deine Sache

Es ist dein Studium und genau deshalb solltest du auch die größtmöglichen Gestaltungsfreiraum haben! Für uns beginnt das schon mit der Zwangs-Mitgliedschaft in der verfassten Studentenschaft, die wir in die Freiwilligkeit überführen möchten. Außerdem setzen wir uns gegen unfaire Los- oder "First-Come-First-Serve"-Verfahren zur Kurswahl ein. Mit der Immatrikulation gibt dir die Hochschule das Versprechen, dass du nach deinen Interessen studieren kannst, dem muss sie auch nachkommen. Zusätzlich fordern wir flächendeckende Studentenausweise im EC-Kartenformat, welche mit Geld aufgeladen werden können und als Bezahlungsmittel, Zugticket und zur Buch-Ausleihe verwendet werden.

Entschlossen stellen wir uns gegen die Praxis, bei bestimmten Prüfungen eine amtsärztliche Begutachtung zwangsweise anzuordnen: Die ärztliche Schweigepflicht gilt auch für Studenten. Weitere unserer Forderungen sind die Abschaffung der Anwesenheitspflicht, außer in Laboren und Praktika oder längere Öffnungszeiten und eine umfassende Digitalisierung der Bibliotheken. Weil jeder unterschiedlich lernt, sorgt eine Flexibilisierung des Studiums zu besseren Lernerfolgen und erfolgreicherem Absolvieren.

Hochschulen zurück in die Zukunft holen

Die digitalen Semester der letzten Jahre haben uns einen extremen Digitalisierungsschub gebracht: digitale Vorlesungsaufzeichnungen, flexiblere Sprechstunden, Fortschritte in der Digitalisierung der Bibliotheken und neue Möglichkeiten zur Prüfungsabsolvierung haben den Studienalltag geprägt. Auch wenn es zwingend

nötig ist, zur dauerhaften Präsenzlehre zurückzukehren, müssen diese Errungenschaften beibehalten werden. Sehr viel muss trotzdem aufgeholt werden. Wir brauchen flächendeckendes und leistungsfähiges WLAN in allen Räumlichkeiten, Beamer müssen Standard in jedem Seminarraum sein und Prüfungsanmeldungen, wie auch deren Absolvierung, sollen digital möglich sein. Zudem fordern wir moderne Ausstattung und Geräte für Labore, zeitgemäße digitale Verwaltung, moderne Hörsäle, intakte Gebäude und mehr Geld für qualitativ hochwertige (Grundlagen-)Forschungen. Dabei ist uns bewusst, dass sich das alles nicht von alleine finanzieren lässt und genau deshalb wollen wir nicht nur das Land, sondern auch die Universitäten und die Studenten in die Pflicht nehmen. Die Universitäten müssen sich noch viel stärker um Drittmittelgeber zur Forschungsfinanzierung bemühen. Dieser Schritt alleine reicht aber nicht aus, um die Hochschulen auf eine stabile finanzielle Basis zu stellen. Um diese Basis zu schaffen, werden wir nicht um nachgelagerte Studiengebühren herumkommen. Je nach Studium und Länge des Studiengangs setzt sich der Preis für das Studium zusammen, ab einem gewissen Einkommen, bezahlen die Absolventen dann einen prozentualen Anteil zurück an die Universität und decken so die verursachten Kosten.

Orte der Denk- und Meinungsfreiheit

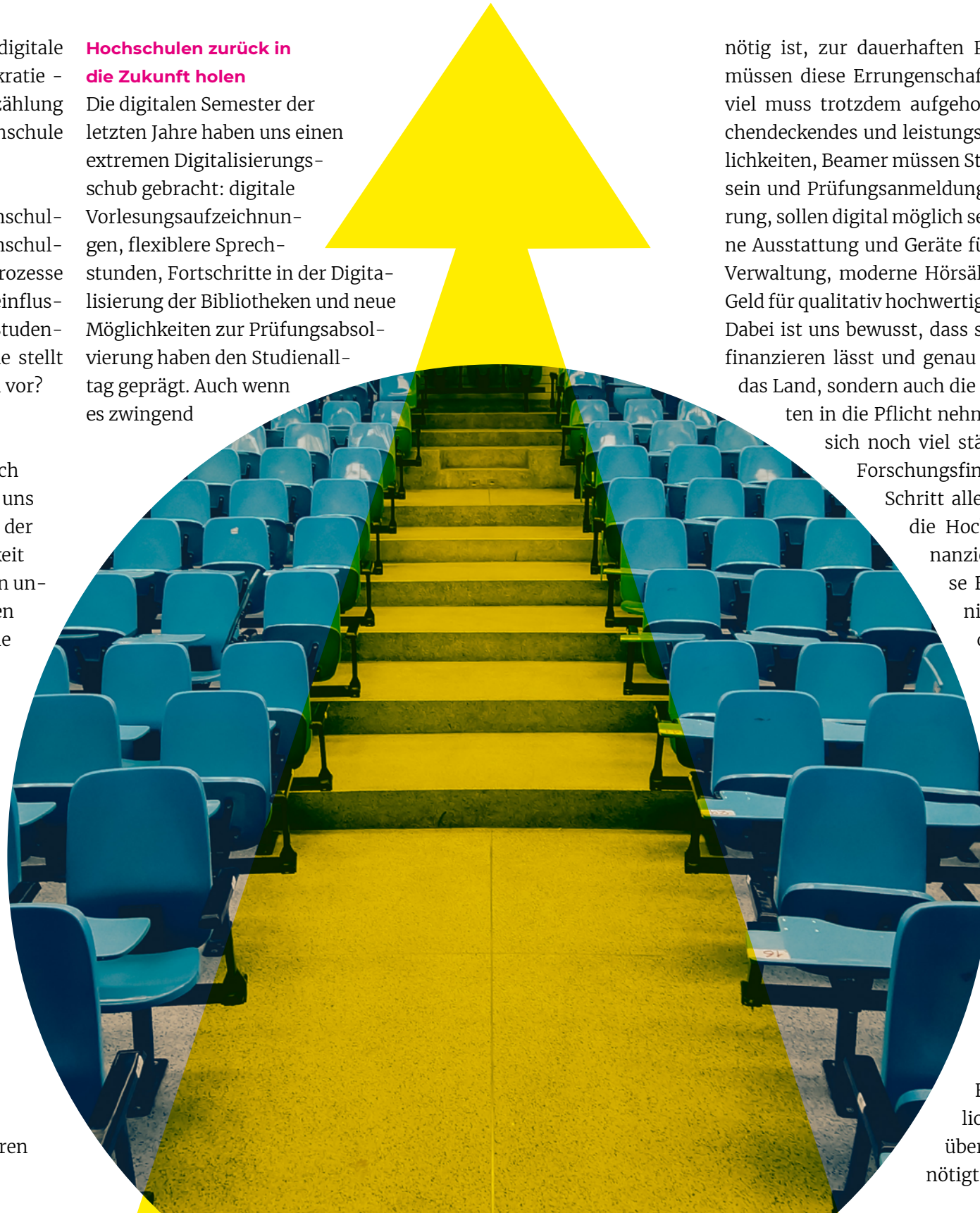
Hochschulen sind häufig der Ursprung von Innovation, Fortschritt und gesellschaftlichem Wandel. Damit diese überhaupt entstehen können, benötigt es eine Denk-, Forschungs-

und Meinungsfreiheit an Hochschulen. Nur wenn es keine Denkverbote gibt, kann in unbekannte Gefilde vorgestoßen werden. Dazu gehört auch, über die Ergebnisse zu diskutieren und andere Ansichten anzuerkennen. Die zunehmende Cancel-Culture an deutschen Universitäten, die Professoren von ihrer Arbeit abhält und ganze Veranstaltungen zur Absage zwingt, wie auch das Ausladen von Gästen erwirkt, muss ein Ende finden. Auch sprachliche Vorgaben, wie das Gendern oder das Nicht-Gendern, sehen wir als Eingriff in die akademische Freiheit an. Ausschließlich die Ethikkommissionen dürfen Forschungen eingrenzen und nur die Kriterien des wissenschaftlichen Arbeitens dürfen über die Güte einer Arbeit entscheiden. Wenn wir diese Prämissen über Bord werfen und nur noch einer schreienden Minderheit nachgeben, dann öffnen wir das Tor für einen Teufelskreislauf aus Staatlichen Vorgaben, (Selbst-)Zensur, Leugnung von Tatsachen und wissenschaftlichem Stillstand. Diese Zustände können wir uns nicht leisten, denn die Lösungen für die Probleme unserer Zeit müssen erst noch entdeckt werden.



Jan-Lukas Gescher (24)

ist Student der Politikwissenschaft & Soziologie, aktiv bei den Julis und der FDP in Gießen und Landesvorsitzender der Liberalen Hochschulgruppen Hessen. Ihr erreicht ihn unter: jan-lukas.gescher@julis.de



UNTERNEHMERISCHE BILDUNG

Weißt Du, was ein Unternehmer ist und was die Aufgaben eines Unternehmers sind? Wusstest Du, dass es einen Unterschied gibt zwischen Unternehmern und Selbstständigen? Zwischen Unternehmertum und Selbstständigkeit? Und auch, dass ein Geschäftsführer und Unternehmer nicht das Gleiche sind?

Ich wusste es lange Zeit nicht. Erst sehr spät lernte ich, was Unternehmertum ist und dass ich das Unternehmensein in mir trage. Weil unser Bildungssystem sämtlichen Fokus darauf legt, wie wir wunderbare Angestellte werden – Fachkräfte und Manager – und uns an keiner einzigen Stelle beibringt, dass es noch die Welt des Unternehmertums gibt, habe ich es zu meinem Herzensthema gemacht dies zu ändern!

Lass mich Dich mit auf eine kleine Reise nehmen.

Es ist mittlerweile 10 Jahre her: Ich war tatsächlich einst Lehramtsstudent und obgleich ich ein sehr guter Lehrer war, war ich nicht glücklich. Ich verpasste Vorlesungen und Klausuren und nahm nicht an verpflichtenden Seminaren teil.

Doch ich wusste nicht, was mir fehlte. Dies führte dazu, dass ich mein Studium schließlich abbrach. Über den Weg einer verkürzten Ausbildung fand ich mich zwei Jahre später als Softwareentwickler in einer Beratungsagentur wieder. Viele spannende Projekte und Kunden. Viele Reisen und Städte. Viele unterschiedliche Teams und Menschen. Viele Herausforderungen. Das klingt wunderbar, richtig? – Und doch war ich auch hier unzufrieden. Und immer noch konnte ich es nicht beantworten: Warum? Was fehlte mir? Das Gehalt war gut. Die Fortbildungsmöglichkeiten waren zahlreich. Die Aufgaben waren spannend. Es müsste doch alles super sein!

Nach wenigen Jahren kündigte ich, um auf selbstständiger Basis weiterzuarbeiten. Mehr Geld, mehr Freiheit, mehr Selbstbestimmung. Das hätte es sein müssen. Jetzt würde es mir sicherlich gut gehen und ich würde Erfüllung finden! Doch auch hier war die Realität enttäuschend.

Ich fühlte mich nach wie vor eingeengt und unglücklich; teilweise sogar depressiv. Was fehlte mir?

Dann wurde alles anders. Ich stieß auf Youtube auf ein Interview mit Stefan Merath*, der erklärte, was überhaupt ein

Unternehmer ist und was seine Aufgaben sind: Ein Unternehmer arbeitet am Unternehmen. Er ist dafür verantwortlich, die Vision zu entwickeln und zusammen mit den Werten in das Unternehmen zu bringen. Er hat die Aufgabe, die Strategie und Positionierung zu entwickeln und festzulegen. Er ist weder Fachkraft noch Manager. D.h. es ist nicht seine Aufgabe, selbst der Experte zu sein, der alles selbst macht, weil er es nunmal am Besten kann. Ein Selbstständiger hingegen ist eine Fachkraft. Er liebt seine Tätigkeit und will diese auch weiterhin ausführen. Natürlich kann der Selbstständige auch eine Firma gründen und einige andere Fachkräfte und sogar Manager einstellen. Doch er unterscheidet sich darin vom Unternehmer, dass er weiterhin als Fachkraft im Unternehmen arbeitet und dies auch in Zukunft so will. Das war für mich neu.

Mein Interesse war geweckt – und so las ich “Der Weg zum erfolgreichen Unternehmer” von Stefan Merath. Es war eine neue Welt für mich – vieles wirkte plötzlich sinnig und passend. Ich fand die Erfüllung, die mir bisher fehlte.

Mir ist klar geworden: Ich bin Unternehmer! Vielleicht bist Du ja auch Unternehmer? Warum bringt uns die Schule nichts darüber bei?

Diese Erfahrung, dieses Wissen sollen Menschen in möglichst jungen Jahren sammeln dürfen. Sie sollen wissen, dass es außer dem angestellten Manager, der angestellten Fachkraft oder eben der Sonderform des Selbstständigen noch den Unternehmer gibt und was diesen ausmacht. Unser Schulsystem scheitert bisher daran. Alles, was wir lernen, ist dafür da, um Angestellte zu werden. Und für viele ist das auch das Richtige. Doch das Schulsystem hat die Aufgabe, uns alle abzuholen und zu mündigen, entscheidungsfähigen Bürgern zu erziehen. Somit muss es Teil dessen sein, uns auf die verschiedenen Wege und Möglichkeiten vorzubereiten. Es ist für mich absolut inakzeptabel, dass das Schulsystem uns einen sehr wichtigen und sehr interessanten Weg vorenthält. Die Folge davon ist nicht nur, dass es auch anderen Menschen so ergehen wird wie mir, sondern vor allem auch, dass wir uns als Gesellschaft und als Land viele potentiell unglaublich erfolgreiche Unternehmer entgehen lassen. Wir lassen uns Innovation entgehen. Wir lassen uns entgehen, dass junge Menschen lernen, etwas Neues von Grund auf zu erschaffen. Stattdessen erschaffen wir den Nährboden für das Feindbild Unternehmer, indem wir jungen Menschen auf ihrem Bildungsweg keinen Kontakt mit dem Unternehmertum ermöglichen. Junge Menschen sollen die Erkenntnis, für

die ich fast 10 Jahre im Berufsleben – 20 Jahre, die relevante Bildungszeit der Schule und des Studiums mitgerechnet – gebraucht habe, möglichst frühzeitig erfahren, um die beste Entscheidung für sich treffen zu können und somit den Innovator in sich zu entdecken. Für manche wird dies die Fachkraft sein, für andere der Manager und einige werden Unternehmer. Doch jeder von uns hat diese Chance verdient. Unser Bildungssystem muss uns alle Wege aufzeigen.

Daher nun meine Frage an Dich: Was können wir gemeinsam bewirken, um die Unternehmerische Bildung in Schulen Einzug erhalten zu lassen?



INTERVIEW MIT STEFAN
MERATH



Jens Hammel (34)

ist Unternehmer aus dem KV Gießen. Unternehmerische und finanzielle Bildung sind seine Herzensthemen und er möchte stets (jungen) Gründern die Motivation mit auf den Weg geben, diesen Schritt zu gehen. In seinen Unternehmen legt er viel Wert auf Digitalisierung und New Work – insbesondere auf Work-Life-Integration. Derzeit hat er drei Unternehmen.

Studiengebühren Pro



Der Lack ist ab. Das vermag man zu denken, wenn man sich mit dem „QS World University Ranking“, dem Goldstandard unter den jährlich erhobenen internationalen Hochschulrankings befasst. Wenig überraschend machen seit jeher Großbritannien und die USA die Bestplatzierungen unter sich aus. Und Deutschland? Mit den beiden Münchener Universitäten (Platz 50 und Platz 63) sowie der Universität Heidelberg (Platz 64) befinden sich gerade einmal drei deutsche Universitäten unter den ersten einhundert Plätzen. Von Hessen gar nicht erst zu sprechen. Das liegt nicht zuletzt auch an der im Vergleich mangelhaften finanziellen Ausstattung unserer Hochschulen. Gute Hochschullehre für gut ausgebildete Fachkräfte, gerecht finanziert, darin besteht Konsens. Anders sieht es hingegen bei der Frage nach der Erhebung von Studiengebühren aus. Warum (nachgelagerte) Studiengebühren das richtige Mittel sind:

Bei nachgelagerten Studiengebühren bleibt auf den ersten Blick alles unverändert: Studenten sollen ihr Studium kostenfrei aufnehmen können. Niemand soll aufgrund seiner privaten finanziellen Verhältnisse oder seiner Herkunft von einer akademischen Laufbahn abgehalten werden. Erzielen sie nach erfolgreichem Abschluss ein ausreichend hohes Erwerbseinkommen, müssen sie hingegen einen Beitrag zur Finanzierung der durch sie verursachten Kosten entrichten.

Wer es mit „Ein Meister muss so viel wert sein, wie ein Master“ ernst meint, muss auch Gerechtigkeit in der Finanzierung beruflicher und hochschulischer Bildung fordern. Es ist schlichtweg unbegreiflich, dass ein nicht-studierter Handwerker, dessen berufliche Weiterbildung

an der Meisterschule zwischen 5.000 bis 10.000 Euro zusätzlich kostet, bereits seit dem ersten Lehrjahr mit seinen Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen künftigen Mediziner*innen, Lehrkräften und Anwälten über Jahre hinweg das Studium finanziert. Dieser Umstand ist noch weniger verständlich, wenn man bedenkt, dass Akademiker*innen später nachweislich ein höheres Durchschnittseinkommen als Menschen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung erzielen. Zudem könnten die zusätzlichen Einnahmen für die Universitäten unmittelbar zu der Verbesserung der Lehre beitragen. Denn während die steigenden Drittmiteinnahmen in erster Linie der Forschung zugutekommen, bleibt der Vorlesungsbetrieb weitgehend auf der Strecke. Überlassen wir den Hochschulen dann tatsächlich auch die autonome Hoheit über die Gebühren, die sie erheben, könnte dies den Wettbewerbsgedanken zwischen den Universitäten antreiben und so unser Hochschulwesen zu neuen Spitzenleistungen beflügeln. Denn: Wer für das Studium bezahlt, erwartet eine adäquate Gegenleistung in Form besserer Studienbedingungen und höherer Qualität in der Lehre.

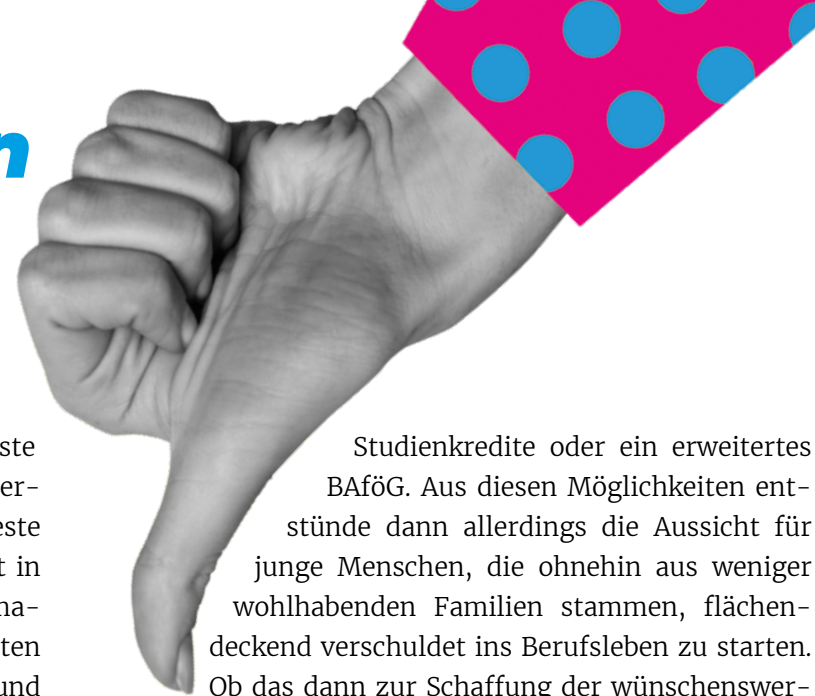
Fazit: Natürlich sind Studiengebühren für sich kein Allheilmittel oder gar Patentlösung, um unsere Universitäten wieder an die Weltspitze zu führen. Dennoch stellen sie ein gerechtes und wirksames Mittel dar, um die Attraktivität und Leistungsfähigkeit der Lehre an unseren Universitäten unmittelbar zu verbessern und mehr Wettbewerb zwischen den Hochschulen um die Gunst der Studenten zu initiieren. Höchste Zeit also, sie in Hessen einzuführen!



Patrick Schütz

ist stellvertretender Landesvorsitzender für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Du erreichst ihn unter schuetz@julis.de

Studiengebühren Contra



Als Liberale schmücken wir uns mit dem Slogan „beste Bildung“ und das am besten lebenslang, also vom Kindergarten bis zur Erwachsenenbildung. Und klar ist, für „beste Bildung“ braucht es finanzielle Mittel. Schulbildung ist in Deutschland grundsätzlich kostenlos, sofern man Schulmaterialien, Bücher, Mittagessen, Ausflüge und Klassenfahrten nicht einberechnet. Kostenlos für die Schülerinnen und Schüler zumindest, denn finanziert wird die Schulbildung durch Steuern. Das ist auch gut so, denn die Schulbildung legt wesentliche Grundsteine für die persönliche Entfaltung von Kindern und Jugendlichen. Zur Schule gehen aber alle, die Studienanfängerquote lag im Jahr 2021 bei ungefähr 56 Prozent. Ist es also fair, dass die Studiengebühren in fast allen Bundesländern abgeschafft wurden und das Studium somit wie die Schule durch Steuern finanziert wird? Ein Studium ohne Studiengebühren ist ein leichter zugänglicheres, niederschwelligeres Angebot an junge Menschen unabhängig von sozialer Herkunft und finanzieller Situation. Denn selbst ohne die Studiengebühren ist Studieren teuer: Semesterbeiträge, Materialien, Lebenshaltungskosten wie Miete und Verpflegung. Der Weg an die Hochschulen wird zwar in den letzten Jahren und Jahrzehnten durch breiter gefächerte Modelle wie Fachabitur, Studium nach abgeschlossener Ausbildung und vieles mehr tendenziell erleichtert, aber ein wesentliches Argument bei der Entscheidung für oder gegen ein Studium bleibt weiterhin ein finanzielles. Wer eine Ausbildung (vielleicht sogar schon mit 16 oder 17 Jahren) beginnt, verdient oft schon während der Ausbildung etwas und bekommt womöglich mit 20 Jahren sein eigenes volles Gehalt. Die Entscheidung für ein Studium ist vor diesem Hintergrund für jemanden, dessen Elternhaus nur begrenzte finanzielle Mittel zur Verfügung hat, schon schwer genug. Sie muss nicht durch eine zusätzliche Hürde belastet werden.

Natürlich könnten verschiedene Modelle zur Förderung von Studentinnen und Studenten, die sich eine Studiengebühr nicht leisten können, eingeführt werden wie zum Beispiel

Studienkredite oder ein erweitertes BAföG. Aus diesen Möglichkeiten entstehen dann allerdings die Aussicht für junge Menschen, die ohnehin aus weniger wohlhabenden Familien stammen, flächendeckend verschuldet ins Berufsleben zu starten. Ob das dann zur Schaffung der wünschenswerten, möglichst fairen Startchancen beiträgt, ist durchaus fraglich. Bildung zu ermöglichen, gehört zu den Kernaufgaben des Staates und Bildung ist der Schlüssel zu einem freien und selbstbestimmten Leben.

Befürworterinnen und Befürworter der Studiengebühren argumentieren oft, die Studiengebühren dienen der Verbesserung der Lehre – sollte nicht aber der Staat selbst, zu dessen Kernaufgaben die Ermöglichung von Bildung gehören soll, dafür sorgen, die besten Dozenten, die besten digitalen Angebote und die besten Lernräume zu schaffen? Die Hürden, das individuell passende Bildungsangebot wahrzunehmen, müssen so gering wie möglich gehalten werden. „Beste Bildung“ darf nämlich nicht zu „beste Bildung für alle, die es sich leisten können“ werden.



Louisa Scholz

ist Beisitzerin im Landesvorstand. Du erreichst Sie unter louisa.scholz@julis.de

»Neues aus dem Landtag«

Innovationszyklen, die unsere Welt nachhaltig verändert haben, sind seit Beginn des Industriezeitalters immer kürzer geworden. Während ein Innovationszyklus im 18. und 19. Jahrhundert etwa 60 Jahre dauerte, beispielsweise von der Entwicklung ausgebauter Schienennetze für Eisenbahnen bis hin zur Massenproduktion von Automobilen, ist inzwischen sowohl die Intensität als auch das Tempo von Transformation weltweit deutlich gestiegen. Aktuelle Forschungen des MIT und anderer international renommierter Forschungseinrichtungen legen nahe, dass für das 21. Jahrhundert die Dauer eines solchen Zyklus eher auf 25 bis 30 Jahre beschränkt sein wird¹.

Deshalb ist die Vorstellung längst überholt, sich allein mit einer drei- bis fünfjährigen beruflichen Erstausbildung genug Wissen angeeignet zu haben, um damit über 40 Jahre lang eine erfolgreiche berufliche Laufbahn zu bewältigen. Aus den kürzeren Innovationszyklen ergeben sich auch deutlich kürzere Halbwertszeiten für relevantes Fachwissen. Dadurch wird das Lernen auf Vorrat nicht nur ineffizient, sondern prüf- würdig angesichts unserer schnelllebigen Informationskultur.

Gerne möchte ich den Blick auf das Thema schärfen, da ich der Ansicht bin, dass lebenslanges Lernen keinesfalls als Phrase aufgefasst werden darf, sondern als essenzieller Teil unseres liberalen Selbstbildes sowie unserer individuellen Persönlichkeitsentwicklung zu verstehen ist.

Der Prozess des lebenslangen Lernens beschränkt sich natürlich nicht ausschließlich auf universitäre und außeruniversitäre Bildungseinrichtungen. Ebenso findet er im Dialog, auf Reisen, bei beruflichen Veranstaltungen sowie bei der Arbeit, in Sport- und Kulturvereinen statt. Dennoch möchte ich mich im Folgenden zunächst auf private und staatlich anerkannte Bildungseinrichtungen konzentrieren, da sich hier nicht nur tagesaktuelle Forschung und Lehre begegnen, sondern weil wir hier als politische Aktive den größten Anknüpfungspunkt haben und die Qualität der Inhalte durch externe Sicherungsverfahren gewährleisten können. Daher bin ich der Überzeugung, dass den Hochschulen und Universitäten unseres Landes eine elementare Rolle beim lebenslangen Lernen zugeschrieben werden muss.

Meiner Ansicht nach haben Deutschland und insbesondere Hessen riesiges Potenzial in diesem Bereich und bieten hervorragende Voraussetzungen für wissenschaftliche Forschung. So zeigt beispielsweise der Academic-Freedom-Index, der jährlich von Forschenden der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen veröffentlicht wird, dass Wissenschaftsfreiheit an deutschen Hochschulen einen enormen Stellenwert hat und die Beschränkung der Forschungsgegenstände aus ideologischen Gründen abgelehnt wird². Diesen Status quo müssen wir unbedingt erhalten! Gleichzeitig bilden über 1.000 öffentlich finanzierte außeruniversitäre Forschungsorganisationen wie die Max-Planck-Institute, die Helmholtz-Zentren und die Deutsche Forschungsgemeinschaft sowie die über 60.000 dort beschäftigten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler das Rückgrat unserer Forschungslandschaft.

Auch die Vielfalt unserer Hochschullandschaft kann sich sehen lassen: So können angehende Studierende (kleine Gedankenkorrektur für alle, die gerade an Schülerinnen und Schüler kurz nach dem Abitur denken; Studierende haben viele Gesichter und noch verschiedenere Biografien) sich zwischen 394 deutschen Hochschulen, davon 36 in Hessen, und insgesamt über 20.000 Studiengängen entscheiden. Das Potenzial für herausragende Weiterbildung basierend auf aktueller Forschung und Lehre ist demnach eindeutig gegeben.

Doch leider sieht die Realität anders aus: Die OECD-Studie „Continuing Education and Training in Germany“ aus dem vergangenen Jahr zeigt ganz klar auf, dass Deutschland in Sachen Weiterbildung massive Defizite aufweist³. Besonders vor dem Hintergrund einer sich rapide ändernden Arbeits- und Berufswelt kann Deutschland nicht mit dem Tempo der Veränderung mithalten. Aktuelle Schätzungen legen nahe, dass 18 Prozent der Arbeitsplätze in Deutschland einem hohen Automatisierungsrisiko ausgesetzt sind³. Besonders hier ist ein gut ausgebautes Angebot an qualifizierten Weiterbildungsmaßnahmen notwendig, um diese Menschen auf die anstehenden Veränderungen vorzubereiten.

Besonders prekär: Geringverdienende, Menschen mit niedrigerem Bildungsgrad und Beschäftigte in Berufen mit hohem oder sehr hohem Automatisierungsrisiko nehmen die vorhandenen Weiterbildungsangebote am Wenigsten wahr³. Demnach ist Weiterbildung keineswegs eine reine bildungspolitische Frage. Es ist vor allem eine soziale Frage. Doch was können und müssen wir tun?

Die aktuelle Reform des BAföG, die unsere Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger erarbeitet hat, war ein erster wichtiger Schritt in Richtung Chancengerechtigkeit in der Bildung. Es muss jedoch weitergehen. Langfristig bin ich eine große Unterstützerin des Midlife-BAföG und der Idee eines persönlichen Freiraumkontos unabhängig vom Arbeitgeber. Hiermit könnte die Finanzierung von Weiterbildungsangeboten und Bildungsauszeiten ermöglicht werden.

Den wichtigsten Schritt sehe ich jedoch darin, auf landespolitischer Ebene die bürokratischen Hürden für Weiterbildungsangebote abzubauen. Zwar steht im aktuellen schwarz-grünen Koalitionsvertrag, man wolle den Zugang zu Bildungsangeboten



erleichtern und das Land hat tatsächlich mit dem HESSEN-CAMPUS-Programm und dem Weiterbildungspakt erste wichtige Schritte unternommen, behandelt das Thema jedoch weiterhin stiefmütterlich.

Ich habe während meiner täglichen Arbeit leider häufig das Gefühl, dass die leitenden Akteurinnen und Akteure im Kultusministerium und im Ministerium für Wissenschaft und Kunst bei Weiterbildung immer noch an kleine Abendgruppen in der Volkshochschule denken. Doch dieses Bild ist schon lange nicht mehr zeitgemäß.

Firmen wie Google oder LinkedIn investieren Unsummen in die Entwicklung digitaler und personalisierter Lernangebote. Um den Bereich des e-Learnings hat sich bereits ein internationaler Markt gebildet, der rapide wächst.

Wenn wir das Vorbereiten der Gesellschaft auf die großen Fragen von morgen als staatliche Aufgabe verstehen, dann ist der Staat auch verpflichtet, hierfür die passenden Rahmenbedingungen zu schaffen. Dann reichen Lippenbekenntnisse und kleine Schritte nicht aus. Wir brauchen etwas viel Größeres. Eine echte Weiterbildungs-Vision.

Eine Vision basierend auf der Frage, wie es uns gelingt, aktuelle Forschung in portionierte, hochqualitative Wissensformate zu bündeln und sie einem großen Teil der Bevölkerung niedrigschwellig zugänglich zu machen.

Ich stelle mir eine diverse, agile Weiterbildungslandschaft vor, in der besonders den Hochschulen und Universitäten eine essenzielle Rolle zuteilwird. Neben den klassischen Bachelor- und Masterstudierenden müssen wir demnach vor allem den Anteil der Weiterbildungsstudierenden erhöhen und massiv fördern. Dabei muss sich das gesellschaftliche Bild einer „klassischen Hochschule“ weg von einem Ort, an dem es vor allem darum geht, möglichst viele Studierende durch einen Studiengang zu schleusen, hin zu einem Ort wandeln, an den man immer wiederkehrt und in innovativen Lernformaten das eigene Wissen auffrischt. Diese Angebote müssen berufsbegleitend wahrnehmbar und barrierefrei digital oder in Präsenz zugänglich sein. Vor allem Hochschulzertifikate, die modulartig kombinierbar sind, halte ich für einen sinnvollen Weg, den einzelne Hochschulen bereits gehen.

Die größte Stärke von Hochschulen gegenüber privaten Anbietern sehe ich in der engen Verknüpfung von Forschung und Lehre. So könnte ein Hörsaal langfristig auch

zu einem Ort der fachlichen Diskussion werden, wenn Dozenten auf einmal nicht mehr nur 18 bis 25-jährige vor sich sitzen haben, sondern es normal wird, auch Menschen mit Mitte 40 und mit jahrzehntelanger Berufserfahrung vor sich zu haben. Auch sich ergebende Synergien aus den verschiedenen Alterskohorten der Studierenden können das Studium fördern. Ein Blick in die Schweiz zeigt, dass ein solches Szenario gar nicht so unrealistisch ist. Seit einigen Jahren zeichnet sich hier ab, dass ein breit aufgestelltes und vielfältiges Weiterbildungssystem eine Gesellschaft hervorbringt, die zu einem sehr hohen Teil nach dem eigentlichen Bildungsabschluss auf freiwilliger Basis an Weiterbildungsaktivitäten teilnimmt und regelmäßig zurück an die Hochschulen kommt⁴.

Ein weiteres, riesiges Potenzial für Synergieeffekte sehe ich in der stärkeren Vernetzung von Unternehmen, Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Besonders bei aktuellen Entwicklungen der Arbeitswelt und einer sich ständig anpassenden Nachfrage müssen auch die Unternehmen selbst stärker in die Entwicklung von Weiterbildungsprogrammen eingebunden werden.

Wir befinden uns in einer Zeit des Umbruchs und erleben vor unseren Augen riesige wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformationsprozesse. Um uns als Gesellschaft auf diese Veränderungen einzustellen, müssen wir auch das lebenslange Lernen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe sowie als politischen Auftrag verstehen, hierfür die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Wir als JuLis müssen uns für eine Politik einsetzen, die das Aufstiegsversprechen durch Bildung in ihr Zentrum stellt und gesellschaftlichen Veränderungen mutig entgegensteht. Für Jung und Alt!

- 1 World Economic Forum. (2021, 5. Juli). Waves of change: Understanding the driving force of innovation cycles.
- 2 Vgl. Friedrich-Alexander-University of Erlangen. (2022). Academic Freedom Index Update 2022.
- 3 Organisation for Economic Co-operation and Development. (2021, 23. April). Continuing Education and Training in Germany.
- 4 Vgl. Bundesamt für Statistik: Weiterbildung der Bevölkerung, 2021.

Folgt ihr Lisa schon in den sozialen Medien? Nein? Dann schaut gerne mal vorbei!



INSTAGRAM: @LISA_DEISSLER



FACEBOOK: @LISA DEISSLER



Zu Hochschulen und jedem anderen Thema bin ich gern eure Ansprechpartnerin. Meldet euch gern mit euren Fragen, Kritik oder Anregungen.

Eure Lisa!

What happened

Pyrotechnik ist kein Verbrechen/ Beuth feuern. Eintracht feiern

Kollektivstrafen, unverhältnismäßige Einschränkungen von Fans und unurchdachte Sicherheitskonzepte. Schlechte Innenpolitik macht auch vor dem Fußball keinen Halt. Zum Bundesligaauftakt waren wir vor dem Frankfurter Waldstadion präsent, um unsere Botschaft zu verdeutlichen: Tritt zurück, Peter!



Unser Sommerfest in Heppenheim

Sommer, Sonne, Sommerfest – im August kamen zu unserem Sommerfest in Heppenheim an der Bergstraße rund 30 Jungliberale zusammen, um auf eine spannende Tour auf die Spuren der FDP aufzubrechen und Bergsträßer Wein zu genießen. Oliver Wilkening, der Vorsitzende der FDP Heppenheim, führte die Gruppe an den wichtigsten liberalen Orten der Stadt vorbei. Nennenswert ist hier der Halbe Mond, Tagungsort der Heppheimer Versammlung, welche einen Auftakt der deutschen Revolution 1848 darstellte, der halbe Mond – der Gründungsort der Freien Demokraten –, aber auch das historische Saalbaukino, in welchem die Feier am Gründungsparteitag stattfand. Danach ging es für die Gruppe durch die historische Altstadt und hoch hinaus zur Starkenburg. Dort kehrte man in die Burgschenke ein, genoss Kochkäseschnitzel und den ein oder anderen Aperol. Der Abend wurde anschließend gemütlich in den Weinbergen rund um die Kreisstadt ausgeklungen.



Neumitgliedercamp in Worms

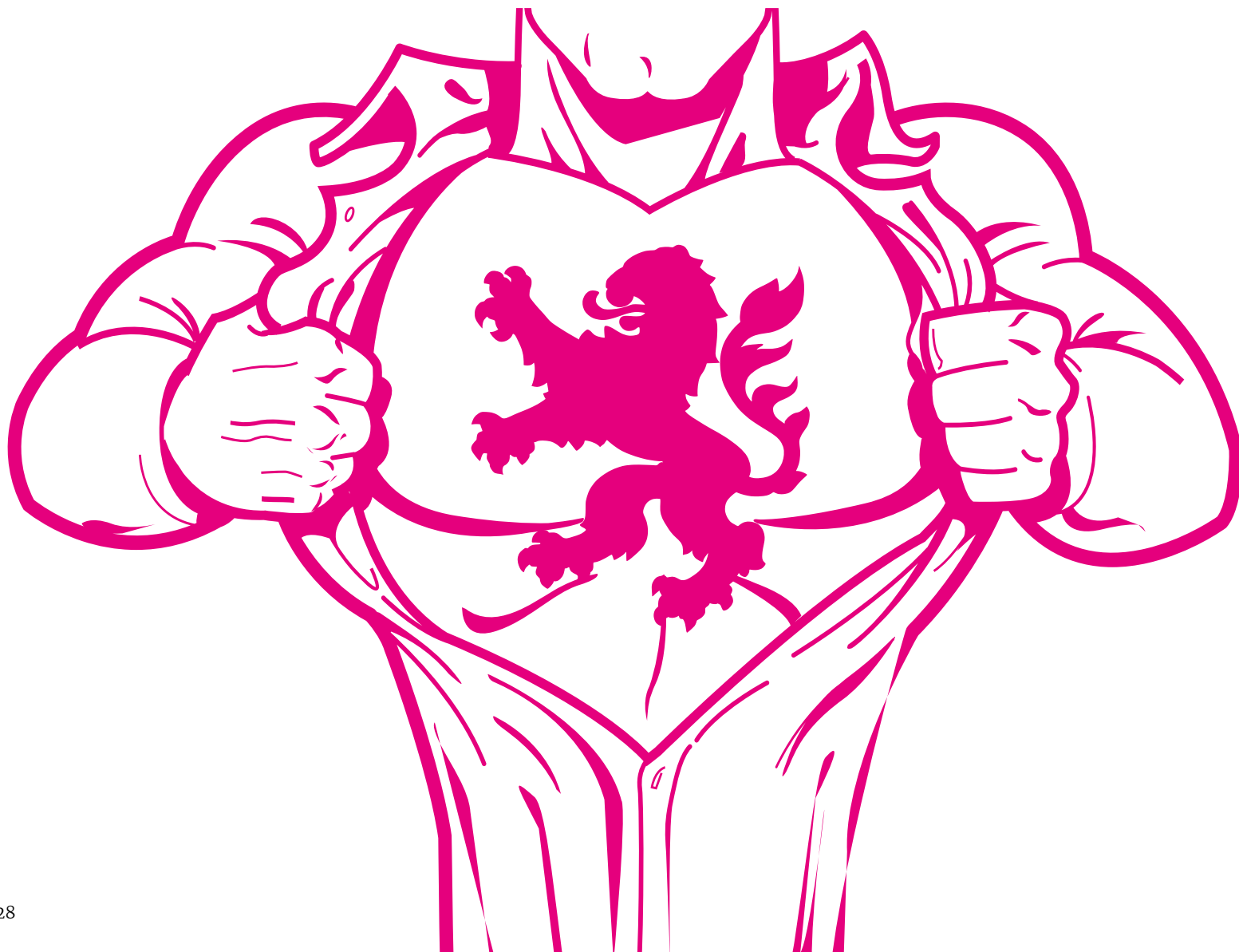
Am 10. und 11. September haben sich 25 Neumitglieder aus den Landesverbänden Hessen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland getroffen, um gemeinsam ein Wochenende im Nibelungenturm Worms zu verbringen. Wie kann ich mich bei den JuLis einbringen? Wie läuft eine Antragsdebatte ab? Wie werden Veranstaltungen organisiert? Und wie schreibe ich eine Pressemitteilung?

Mit diesen und weiteren Fragen haben sich die Neumitglieder in verschiedenen interaktiven Workshops beschäftigt. Neben JuLi internen Referenten aus den Landesverbänden war am Sonntag Vormittag der rheinland-pfälzische Landtagsabgeordnete und Fraktionsvorsitzende Philipp Fernis zu Gast. Er berichtete aus seiner eigenen JuLi Zeit, seiner Arbeit im Landtag und beantwortete zahlreiche Fragen.



UNSERE LOKALHELDEN

VOR ORT IN WESTHESSEN-NASSAU



RHEINGAU TAUNUS

MARIUS SCHÄFER

Alter: 23

Student der Wirtschaftswissenschaften, Schwerpunkt VWL

Funktion in der Kommunalpolitik: Ortsbeirat in Hallgarten, Fraktionsvorsitzender der FDP in der Stadtverordnetenversammlung Oestrich-Winkel & Sprecher für Schul-, Bildungs- und Sportpolitik der FDP im Kreistag Rheingau-Taunus

Welche Herausforderungen gibt es in deiner Region mit denen du dich konfrontiert siehst?

Auf jeder Ebene bin ich mit den unterschiedlichsten Herausforderungen konfrontiert. Im Ortsbeirat ist es ganz klar die Parkplatz-Situation in Hallgarten, während in der Stadt das alles dominierende Thema die schlechte finanzielle Situation von Oestrich-Winkel ist. Auf Kreisebene setze ich mich in erster Linie mit der Schuldigitalisierung auseinander.

Was ist deine Motivation Mandatsträger zu sein?

Ich liebe den Rheingau. Meine Motivation resultiert in erster Linie daher aus dieser Heimatverbundenheit.

Wofür setzt du dich explizit in deiner Region ein/ oder hast ggf. schon erreicht?

Gemeinsam mit CDU, SPD und den Grünen haben wir erreicht, dass im nächsten Schuljahr alle Schulen mit WLAN ausgestattet werden. In Oestrich-Winkel bin ich besonders stolz auf das Pop-Up-Store-Konzept und die Einführung von Regiomaten, welche wir angeregt haben.



VIOLA GEBEK

Alter: 23

Marketing Managerin bei einem Konsumgüterhersteller

Funktion in der Kommunalpolitik: Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP in der Stadtverordnetenversammlung Flörsheim am Main, Mitglied im Sozial- und Kulturausschuss.

Welche Herausforderungen gibt es in deiner Region/Stadt, mit denen du dich konfrontiert siehst?

Wir stehen vor der Herausforderung, dass Flörsheim stetig wächst und die Infrastruktur nicht hinterherkommt. Seit Jahren setzen wir uns unter anderem für den Ausbau von Kindergärten und Schulen ein. Doch dabei stoßen wir immer wieder auf Widerstand.

Was ist deine Motivation Mandatsträger zu sein?

Ich möchte mich für junge Menschen in Flörsheim einsetzen und mit innovativen Ideen tatsächliche Veränderungen schaffen.

Wofür setzt du dich explizit in deiner Region ein/ oder hast ggf. schon erreicht?

Wir setzen uns aktuell für die Neukonzeption des ÖPNVs ein. Ein Bus alle zwei Stunden reicht uns nicht aus. Wir haben ein neues Konzept vorgeschlagen und setzen uns für einen „Mainbus“ ein, der regelmäßig alle Stadtteile miteinander verbindet und für alle Generationen nutzbar ist.



LUCAS SCHWALBACH

Alter: 30

Jurist und Doktorand

Funktion in der Kommunalpolitik: Stellv. Fraktionsvorsitzender der FDP-Rathausfraktion in Wiesbaden

Welche Herausforderungen gibt es in deiner Region/Stadt, mit denen du dich konfrontiert siehst?

Wiesbaden lebt in vielen Bereichen von den Erfolgen der Vergangenheit. Die Bereiche Verkehr, öffentliche Infrastruktur und die Finanzen der Stadt werden so gemanagt, als müsse man schlicht mehr Geld bereitstellen, ohne Prozesse zu verbessern oder einen klaren Plan von der Zukunft zu haben. Die aktuellen Krisen machen ein Umdenken dringender nötig als zuvor.

Was ist deine Motivation Mandatsträger zu sein?

Vor Ort kannst Du wirklich was bewegen. Als kommunaler Mandatsträger beeinflusst Du die Debatte über alle großen Projekte in Deiner Stadt. Im eigenen Fachbereich kennt man sich nach einer gewissen Zeit gut aus und kann neue Überlegungen in die Debatte einbringen und Projekte anstoßen.

Wofür setzt du dich explizit in deiner Region ein/ oder hast ggf. schon erreicht?

In Politik und Verwaltung wird regelmäßig nach dem Prinzip entschieden, warum etwas nicht geht, anstatt zu fragen, was wollen wir tatsächlich und wie machen wir es möglich. Das gilt ganz besonders für die Bereiche, die ich in Wiesbaden als wirtschafts-, digital- und umweltpolitischer Sprecher meiner Fraktion betreue. Wenn sich an dem Mindset etwas verändert, funktioniert der Rest von ganz alleine.



SOPHIA ENDERS

Alter: 25

Studentin der Psychologie und Vollzeitbeschäftigt bei einem MdL

Funktion in der Kommunalpolitik: Ortsbeiratsmitglied Wiesbaden-Nordost

Welche Herausforderungen gibt es in deiner Region/Stadt, mit denen du dich konfrontiert siehst?

Zunehmende Grüne Ideologien (Glücklicherweise Schwarz-Gelbe Mehrheit ;))

Was ist deine Motivation Mandatsträger zu sein?

Es ist das schönste Gefühl, wenn du siehst, dass deine Initiativen Früchte getragen haben. Die Entscheidungsmöglichkeit und Gestaltung des Ortsteils. Das, was vor meiner Tür passiert, ist das, was mich zum Handeln bewegt.

Wofür setzt du dich explizit in deiner Region ein/ oder hast ggf. schon erreicht?

Als gewählte Jugendstadtteilbeauftragte setze ich mich, insbesondere für die Jugendbeteiligungsmöglichkeiten und Rechte der Kinder und Jugendlichen vor Ort ein. Zusammen haben wir bereits einen Antrag auf dem Weg gebracht zur Errichtung einer Pumptrack.

DU BIST AUCH EIN KOMMUNALER MANDATSTRÄGER?
DANN VERNETZE DICH GERNE MIT DEN JULI MANDATSTRÄGERN
BUNDESWEIT UND KOMM IN UNSERE WHATSAPP GRUPPE!
WIR FREUEN UNS!



BUVO NEWS

Politisch haben wir uns insbesondere mit dem neuen Infektionsschutzgesetz auseinandergesetzt. Hier sehen wir Verbesserungspotential: Während andere Länder in Europa Schritte Richtung Normalität Unternehmen ist das neue IfSG nicht so strikt an die Überlastung von Krankenhäusern geknüpft wie wir es gerne hätten.

Aber auch beim Thema Veranstaltung hat sich einiges getan. Wir haben viel über neue Formate nachgedacht und Ende August bereits das erste große Event durchgeführt: Unser Summercamp! Außerdem steht in Niedersachsen eine Wahl vor der Tür. Diese wollen wir natürlich bestmöglich unterstützen.

Bei mir dreht sich aktuell eigentlich alles um unser neues Mitgliederverwaltungssystem: Auf einer Klausurtagung mit meinem IT-Squad im schönen Frankfurt haben wir ausgearbeitet, welche Schnittstellen für verschiedene Tools und Untergliederungen das neue System bereitstellen muss.



Felix Kibellus (28)

aus dem KV Gießen hat Informatik an der Goethe Universität in Frankfurt am Main studiert und arbeitet als Consultant in einem IT Startup. Als Mitglied des Bundesvorstands betreut er die IT Infrastruktur der Jungen Liberalen. Ihr erreicht ihn unter kibi500@julis.de.



Unsere Chefredakteurin Viola Gebek hat sich mit Stefan Naas, Landtagsabgeordneter und wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im hessischen Landtag, auf einen (virtuellen) Kaffee getroffen und über die anstehende Landtagswahl und seine Zeit bei den Julis gesprochen!

Viola: Hallo Stefan, es freut mich sehr, dass du dir heute für uns die Zeit nimmst! Du sollst der Spitzenkandidat für die FDP bei der Landtagswahl im nächsten Jahr werden. Erzähl mal! Wie sehr freust du dich auf die Wahl?

Stefan: Sehr! Das ist eine große Chance für uns und wir haben in den letzten 3,5 Jahren als Team, als Landtagsfraktion in der Opposition bereits einiges geleistet. Wir haben viele Initiativen und Gesetzesentwürfe eingebracht, positive Vorschläge geäußert und gleichzeitig auch viele Versäumnisse der Regierung aufgedeckt. Ich würde den Schwerpunkt aber eher bei den positiven Vorschlägen sehen. Und diese gilt es im nächsten Jahr beim Wahlkampf deutlich zu machen. Und darauf freue ich mich schon sehr!

Viola: Und was sind deine Top 3 Themen, die dich in Hessen beschäftigen?

Stefan: Auf drei Dinge zu reduzieren, das wird schwierig. Aber ich versuche es mal!

Thema Nummer 1: Finanzen

Die Sorge der Bürger bezüglich der Finanzen in der aktuellen Zeit müssen wir ernst nehmen. Stichworte wie Schuldenbremse, Energiepreiskontrolle. Das gilt es zu fokussieren. Diese

Landesregierung hat uns zum Beispiel einen verfassungswidrigen Haushalt beschert. Es wird Zeit, dass Hessen wieder zu seriösen Haushalten zurückkehrt.

Thema Nummer 2: Wirtschaft

Ich finde es wichtig, die wirtschaftliche Stärke Hessens in den Fokus zu nehmen und dafür zu sorgen, dass wir ein stärkeres wirtschaftliches Land werden. Damit sind nicht nur unsere Metzger und Bäcker im Moment gemeint, sondern auch die Industrie, Handwerk und Handel. Wir sind ein traditionell wirtschaftlich starkes Land, aber wir steigen immer weiter ab. Gegen diesen Abstieg gibt es nur eine Partei, die sich zur Wehr setzt. Und das sind die Freien Demokraten.

Thema Nummer 3: Infrastruktur

Ein weiteres Thema wäre für mich die Infrastruktur. Hessen ist ein Land der Mitte Deutschlands. Doch die große Verkehrsdeckscheibe krankt: Unsere Straßen und Schienen werden seit Jahren nicht ausgebaut, neue Radwege in Landesverantwortung muss man lange suchen. Im Gegensatz zu vielen anderen Parteien wollen wir unsere Infrastruktur ausbauen – egal ob Straße, Schiene oder Radweg. Wir sehen uns als Mobilitätspartei, zu Lande, zu Wasser und in der Luft. Für uns gilt, jeder soll selbst entscheiden, wie er von A nach B kommen möchte. Wir sind eine Partei der Freiheit und Freiheit und Mobilität gehen Hand in Hand.

Ich gebe es zu. Nur drei wichtige Themen in Hessen zu benennen, wird dem nicht gerecht. Ich muss noch zwei wichtige Themen hinzufügen!

Viola: Alles klar! Dann machen wir die Top 5 Themen daraus!

Stefan: Sehr gut! Denn ein sehr wichtiges Thema ist Bildung.

Thema Nummer 4: Bildung

Für uns geht es um Aufstiegschancen, Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit. Jeder soll der Pilot seines eigenen Lebens sein können und das Steuerruder in der Hand halten können, ein Leben lang. Und deshalb ist lebenslanges Lernen so zentral. Wir wollen die Bildung in Hessen stärken. Aktuell sind wir bei der Bildung nur ein Land der Mittelmäßigkeit. Doch wir wollen Spitze werden. Wir wollen, dass die Berufsschulen besser werden, bessere Qualitätsstandards in Schulen, wie auch in Kitas. U3 Betreuung ist hier ein Stichwort. Bessere Qualität für alle Bildungseinrichtungen! Und dann komme ich zum fünften wichtigen Thema:

Thema Nummer 5: Freiheit

Wir sind eine Freiheitspartei. Es ist für uns super wichtig, dass wir gesellschaftliche Themen im Blick behalten. Fragen der Geschlechtergerechtigkeit, aber auch Rechtsstaat, Justiz, Entbürokratisierung. Wie können wir die Demokratie stärken? Wie können wir Eigentum stärken? Das Stichwort Digitalisierung habe ich auch noch nicht genannt. Das hängt mit fast allen anderen Themen zusammen. Zum einen mit der Wirtschaft, aber auch mit der Bildung, der Infrastruktur und unserer Freiheit.

Viola: Alles sehr sehr wichtige Themen, auch für die Julis! Und alle Themen hängen miteinander zusammen!

Stefan: Absolut!

Viola: Du warst ebenfalls mal bei den Jungen Liberalen, damals im Hochtaunuskreis und auch stellvertretender Landesvorsitzender der Julis Hessen. Woran erinnerst du dich am liebsten, wenn du an die Zeit zurückdenkst?

Stefan: Auf jeden Fall an die vielen spannenden Landeskongresse und die Sitzungen im Kreisverband. Ich bin durch und durch ein kommunaler Mensch. Ich bin in die Politik gegangen, weil ich meine Heimat liebe. Ich gebe zu, manchmal ist es auch eine Hassliebe muss man sagen (lacht). Aber vor Ort etwas zu verändern macht Freude. Kommunalpolitik ist für mich nicht die Eingangsstufe, sondern die Königsklasse. Je stärker wir kommunal sind, desto stärker sind wir hessenweit. Deshalb bin ich bis heute in der Kommunalpolitik aktiv und darauf möchte ich keinesfalls verzichten. Und mit meinem kommunalen Engagement habe ich bei den Julis 1992/93 angefangen. Ich kann jedem Juli ans Herz legen, sich um die eigenen Kommunen zu kümmern und sich vor Ort zu engagieren. Ich sage immer, wichtiger als die ersten Seiten einer Zeitung, ist der mittlere Teil über Kommunales und die eigene Stadt!

Viola: Absolut! Und gibt es etwas, was du den Julis mit auf den Weg geben möchtest? Vielleicht einen Rat oder eine Empfehlung?

Stefan: Ich kann den Julis immer nur raten, bleibt so wie ihr seid! Seid weiterhin agil und quirlig. Die Julis sind bei der FDP das Salz in der Suppe. Ich pflege einen regelmäßigen Austausch mit den Julis und gehe sehr gerne immer auf die Landeskongresse der Julis. Man darf auch nicht vergessen, wir haben gemeinsam einige Vorhaben schon mit Erfolg im Landtag umgesetzt, wie beispielsweise den Mofaführerschein ab 15 Jahren. Die Initiative kam von den Julis, aber als ver-

kehrspolitischer Sprecher habe ich den Vorschlag sehr gerne eingebracht.

Viola: Vielen Dank, wir sind bereits am Ende angelangt! Gibt es noch etwas, was du hinzufügen möchtest zum Abschluss!

Stefan: Eine Sache möchte ich noch sagen! Ich zähle auf euch Julis im Wahlkampf! Ihr seid ein wahnsinniger Erfolgsfaktor! Und es gibt leider noch den ein oder anderen Fleck in Hessen, wo die FDP-Struktur noch nicht so ist, wie wir uns das wünschen! Und da zähle ich auf die Julis in jedem Winkel von Hessen, sich zu engagieren und mit dem Herzen Wahlkampf zu führen! Dann kann einer erfolgreichen Landtagswahl 2023 nichts mehr im Wege stehen!

Viola: Das stimmt! Vielen Dank für das Gespräch!

Auf einen Kaffee mit ... dem designierten FDP-Spitzenkandidaten Stefan Naas



**WIR BEDANKEN UNS HERZLICH BEI FOLGENDEN FÖRDERMITGLIEDERN FÜR DIE
UNTERSTÜTZUNG UNSERER ARBEIT:**

Oliver Stirböck, Hans-Joachim Otto, Dr. Frank Blechschmidt, Leif Blum, Dieter Kellermann, Heinrich Heidel, Frank Sümann, Jürgen Lenders, Wolfgang Greilich, Peter Engemann, Andrea Kaup, Axel Vogt, Florian Rentsch, Bettina Stark-Watzinger, Anette Greilich, Björn Sängler, Stefan Ruppert, Hans-Jürgen Hielscher, Anne Linke-Diefenbach, Stefan Müller, Roland Hoffmann, Jochen Kilp, Manfred Lister, Nicola Beer, Wilderich Heising, Dr. Lasse Becker, Matthias Nölke, Alexander Müller, Till Mansmann, Wiebke Knell, Bernhard Kammer, Milena Scinardo, Jens Jacobi, Dieter Schütz, Moritz Promny, Christian Diers, Kirill Steinert, Robert Dübbers, Hacerli Bozdemir, Jochen Rube, Peter Heidt, Katja Adler, Mario Döweling

IMPRESSUM:

JUNGE LIBERALE HESSEN

MORITZSTRASSE 56

65185 WIESBADEN

INFO@JUNGE-LIBERALE

Landesvorsitzender: Niklas Hannott

Redaktion: Viola Gebek

V.i.S.d.P.: Patrick Schütz

Alle Rechte vorbehalten. Namentlich gekennzeichnete Artikel sind Beiträge des jeweils genannten Autors und spiegeln nicht in jedem Fall die Meinung der Jungen Liberalen Hessen wider.

*WIE HAT DIR DIESE AUSGABE DES YOULI GE-
FALLEN? SAG MIR GERNE DEINE MEINUNG!*

HIER GEHT ES ZUR KURZEN UMFRAGE:

